Bundeswehr - Bürgerkriegsarmee gegen die Werktätigen Seite 6

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 13 vom 1. April 1977 | 11. Jahrgang | 50 Pfennig

D"K"P-Losungen gegen Arbeitslosigkeit sind Betrug

Arbeitslosigkeit-Grundübel des Kapitalismus

In den vergangenen Wochen häuften sich wieder einmal die Meldungen über Massenentlassungen und Betriebsstillegungen. Von der bürgerlichen Propaganda geschürte Illusionen, daß die Wirtschaftskrise nur eine vorübergehende Erscheinung sei und das Arbeitslosenheer wieder verschwindet, zerbröckeln. Immer mehr Arbeiter und kleine Angestellte und immer mehr Jugendliche gehen auf die Straße, um gegen Stillegungen, Entlassungen, gegen das Fehlen von Lehrstellen zu demonstrieren. Es kommt häufiger zu Streiks gegen die Vernichtung von Arbeitsplätzen.

Eine wachsende Zahl von Kollegen erkennt, daß man verraten und verkauft ist, wenn man wartet, bis von selbst oder durch die Regierung etwas geschieht, sondern daß man kämpfen muß. Und viele fühlen und sehen, daß die Misere am kapitalistischen System als solchem liegt. In dieser Situation verbreiten die D„K"P-Revisionisten verstärkt Parolen wie diese: „Massenentlassungen und Arbeitslosigkeit sind grundgesetzwidrig. Das erste Menschenrecht ist das Recht auf Arbeit. Wir fordern sofortiges Verbot von Massenentlassungen ..." Was ist von diesen Losungen zu halten? Zeigen sie die richtige Richtung, den richtigen Weg des Kampfes? Stärken sie die Kampffront gegen Stillegungen und Massenentlassungen, gegen die Arbeitslosigkeit? Wir sagen: Nein. Diese Losungen sind in Wirklichkeit gegen den Kampf der Arbeiter, der kleinen Angestellten und der werktätigen Jugend gerichtet. Sie zielen darauf ab, diesen Kampf durch Illusionen zu schwächen und weisen in die falsche Richtung.

Sicher, im ersten Moment klingen solche Parolen manchmal radikal. So zum Beispiel, wenn D„K"P-Häuptling Mies tönt: „Wo das Recht auf Arbeit nicht besteht und stattdessen das Faustrecht des Profits herrscht, da ist das Gerede von Menschen- und Bürgerrechten nichts als eine Phrase, nichts als irreführende Heuchelei.

Stimmt: Wenn die Kapitalisten und die Vertreter des kapitalistischen Staates von Menschenrechten schwätzen, ist dies nichts als eine verlogene heuchlerische Phrase. Aber die Entrüstung des Herrn Mies ist um keinen Deut weniger verlogen und heuchlerisch. Denn er und seine Kumpanen haben den Kampf der Arbeiterklasse gegen den Kapitalismus vollständig verraten. Mit dem Gerede vom „Faustrecht des Profits" wollen sie den werktätigen Massen auf hinterhältige Weise vorspiegeln, der Staat und die Gesetze seien etwas, was über diesem „Faustrecht" stehe, eine Verkörperung der Interessen „der Allgemeinheit", im Gegensatz zu den Profitinteressen der Kapitalisten. Sie schüren damit Illusionen, die von der herrschenden Propaganda in allen möglichen Formen Tag für Tag verbreitet werden. Es ist die Illusion, der Staat sei an sich „neutral", er stehe über den Klassengegensätzen.

Die Praxis allerdings steht zu dieser Behauptung im Widerspruch. Man denke nur daran, daß „unser" Staat einerseits den Kapitalisten riesige Summen in Form von Investitionszulagen, Steuernachlässen usw. zuschanzt, daß er auf der anderen Seite den Werktätigen immer skrupelloser mit seiner Steuerpolitik den letzten Groschen aus der Tasche zieht. Man denke daran, wie dieser Staat durch sogenannte Sparmaßnahmen etwa im Gesundheitswesen, bei den Renten usw. die elementarsten Lebensinteressen des arbeitenden Volkes und der Armen brutal mit Füßen tritt. Oder man erinnere sich an die Polizeieinsätze gegen streikende Arbeiter, z. B. im vergangenen Jahr beim großen Streik der Druckereiarbeiter. Im kapitalistischen System ist und bleibt

Fortsetzung auf Seite 2

Nieder mit dem Faschismus in Chile! (S. 11)



Razzien, Leibesvisitationen durch die faschistische Armee.

Aufruf des ZK der KPD/ML zum Roten 1. Mai 1977

Arbeiter, Werktätige in ganz Deutschland!

Heraus zum Roten 1. Mai! Das Zentralkomitee der KPD/ML ruft Euch auf: Demonstriert am 1. Mai

— gegen die brutalen Angriffe der Kapitalisten und ihrer Regierungen in beiden deutschen Staaten und in Westberlin auf die Lebensbedingungen der Werktätigen;

— gegen Faschisierung und Sozialfaschismus, gegen die sich ständig verschärfende politische Unterdrückung der Arbeiter und aller Werktätigen, der Kommunisten und aller fortschrittlichen Kräfte in der Bundesrepublik, in Westberlin und in der DDR;

— gegen die Kriegstreiberei des Imperialismus, besonders des USA-Imperialismus und des russischen Sozialimperialismus;

— gegen die Spaltung und nationale Unterdrückung Deutschlands durch die beiden Supermächte und ihre Komplizen und Vasallen in Bonn und Ostberlin!

Demonstriert am 1. Mai Eure Entschlossenheit, in der sozialistischen Revolution die Herrschaft des Imperialismus in Deutschland, des Systems von Ausbeutung und Unterdrückung, von Krise, Krieg und Faschismus gewaltsam zu stürzen:

— für ein Deutschland, in dem es keine Ausbeutung der Arbeiterklasse und aller Werktätigen durch die Kapitalisten, keine Arbeitslosigkeit und keine Inflation, keine Krisen und keine wirtschaftliche Not mehr gibt;

— für ein Deutschland, in dem die Unterdrückung der Arbeiterklasse und der Werktätigen durch die Kapitalisten beseitigt ist, in dem die Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen Werktätigen die Macht ausübt, in dem die Diktatur des Proletariats die Ausbeuter niederhält und den Werktätigen ein Leben in Freiheit sichert;

— für ein Deutschland, in dem Militarismus und Kriegstreiberei ausgerottet sind, von dessen Boden die Besatzertruppen der beiden Supermächte vertrieben sind, das gemeinsam mit den Völkern der Welt für den Frieden und gegen die imperialistischen Kriegstreiber kämpft;

— für ein Deutschland, das nicht durch Mauer und Stacheldraht zerrissen, sondern vereint und unabhängig ist.

Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!

Kolleginnen, Kollegen!

Die Mai-Kundgebungen, zu denen die Führungen von DGB und FDGB aufrufen, sind Kampfveranstaltungen gegen Euch, gegen die Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, gegen den Sozialismus, Jubelfeste für den Kapitalismus.

Denn wer schwingt dort die Reden?

— In Westdeutschland die Vertreter der Bonner Regierung, die Geschäftsführer des Monopolkapitals, die Komplizen und Handlanger des USA-Imperialismus;

— in Ostdeutschland die sozialfaschistischen Machthaber, die Vertreter der neuen ostdeutschen Bourgeoisie, die Vasallen Moskaus;

— in Westdeutschland die Bonzen des arbeiterfeindlichen DGB-Apparats, die sozialpartnerschaftlich Hand in Hand mit den Kapitalisten und der Regierung die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse betreiben;

— in Ostdeutschland die Bonzen des FDGB, der durch und durch ein willfähriges Werkzeug der Honecker-Clique und ihrer Moskauer Oberherren ist, eine Organisation von der Art der Hitlerschen Arbeitsfront.

Das ist der Regierungsmai in Ost und West: die Arbeiterfeinde machen mobil, um die Arbeiterklasse mit raffinierter Demagogie vom Kampf gegen die herrschenden Ausbeuter und Unterdrücker abzuhalten.

Und wer tarnt das alles mit klassenkämpferisch und radikal klingenden Losungen?

Das sind vor allem die modernen Revisionisten von der D„K"P/SEW und der SED. In der DDR mißbrauchen die SED-Revisionisten die große Losung der Diktatur des Proletariats, um die Arbeiterklasse und die Werktätigen der DDR darüber zu täuschen, daß die neuen Kapitalisten in der DDR die Diktatur des Proletariats längst zerschlagen, eine sozialfaschistische Diktatur errichtet haben und die Arbeiterklasse und die Werktätigen der DDR ausbeuten und unterdrücken.

In Westdeutschland stellen sich die modernen Revisionisten der D„K"P/SEW als Kommunisten, als Kämpfer gegen den Kapitalismus hin. In Wirklichkeit sind D„K"P und SEW Parteien des niederträchtigsten Klassenverrats, die wie am 1. Mai auch sonst im Klassenkampf gemeinsame Sache mit den Arbeiterfeinden machen. Sie geben sich als Demokraten aus. In Wirklichkeit aber sind sie Sozialfaschisten, wie ihre Begeisterung über die Verhältnisse in der DDR, von der sie ausgehalten und finanziert werden, zeigt. Sie selbst gehen in Westdeutschland mit sozialfaschistischem Terror gegen Kommunisten und andere revolutionäre Arbeiter vor. Sie geben sich als Kämpfer für den Frieden aus. In Wirklichkeit aber unterstützen sie die Sowjetunion, die neben dem USA-Imperialismus heute der gefährlichste Kriegstreiber ist. Ihre ganze Aufgabe besteht darin, den stolzen Namen des Kommunismus in den Dreck zu ziehen, die Arbeiterklasse mit der Ideologie der Klassenversöhnung und des sogenannten friedlichen Weges zum Sozialismus vom revolutionären Kampf abzuhalten und an den Kapitalismus zu ketten.

Nieder mit dem Regierungsmai!

Heraus zum Roten 1. Mai!

Zur Kumpanei von Kapitalisten, Regierung und Gewerkschaftsbürokratie,

Fortsetzung auf Seite 2

AUS DEM INHALT

Honeckers Revisionisten-Clique verschärft Unterdrückung im Betrieb 3
Leipziger Messe: Schau der neuen Ausbeuter 3
Chemietarifrunde: Linearforderungen zeigen Widerstand gegen Gewerkschaftsapparat 4
Erfolgreicher Streik in Tübingen 4
Die Klassenkämpfe in den kapitalistischen Ländern haben sich verschärft .. 5
Juso-Bundeskongreß — Radikale Phrasen — reaktionäre Politik 7
Kommunalwahlen in Hessen 7
Bürgerlich-kapitalistische oder sozialistische Länder — ein Mittelding gibt es nicht 8
März im Bild 9
Pferdewechsel in Indien 10
KP Japans (Linke): Gegen das Monopolkapital und die Supermächte 11

D"K"P-Losungen gegen Arbeitslosigkeit sind Betrug

Arbeitslosigkeit - Grundübel des Kapitalismus

Fortsetzung von Seite 1

der Staat eben das Werkzeug der Bourgeoisie zur Durchsetzung ihrer Profitinteressen und zur gewaltsamen Aufrechterhaltung ihrer Ausbeuterherrschaft.

Je mehr sich in den vergangenen Jahren die Klassengegensätze verschärften, desto krasser wurde der Widerspruch zwischen den praktischen Erfahrungen der werktätigen Massen und der Ideologie vom „neutralen Staat". Gerade hier springen nun die D„K"P-Revisionisten in die Bresche. Sie verurteilen die Regierung und etablierten Bonner Parteien als Sachwalter der Monopole und als arbeiterfeindlich, und sie schüren gleichzeitig die Illusion, wenn andere Parteien (vor allem natürlich die D„K"P) an die Regierung kämen, würde dieser Staat sich für die Interessen der Werktätigen einsetzen und er würde dann gegen das „Faustrecht des Profits" einschreiten. Das ist eine schmutzige und hinterhältige Methode, die Massen, die durch die Krisenerscheinungen des Kapitalismus, durch zunehmende Verschlechterung ihrer Lebenslage aufgerüttelt werden, mit reformistischen und parlamentarischen Illusionen zu umgarnen und sie vom revolutionären Klassenkampf gegen die Bourgeoisie und das kapitalistische Ausbeutersystem abzuhalten.

Wenn die D„K"P-Revisionisten behaupten, Massenentlassungen seien grundgesetzwidrig, wenn sie in ihrer Tageszeitung „UZ" das Gerede von DGB-Boß Vetter abdrucken, die Arbeitslosigkeit zeige einen „Gegensatz zwischen Verfassungsrecht und Verfassungswirklichkeit", dann ist das schlicht ein Betrug. Oder ist den Herren Mies, Gautier und Bachmann etwa nicht bekannt, daß im Grundgesetz das Privateigentum an den Produktionsmitteln verankert ist, d. h. das Recht der Bourgeoisie, die Arbeiterklasse auszubeuten und zu unterdrücken? Daß die Kapitalisten Arbeiter einstellen oder auch nicht einstellen und sie einfach auf die Straße werfen können, wie es ihre Profitinteressen gerade erfordern, entspricht vollkommen dem wesentlichen Inhalt „unseres" Grundgesetzes (auch wenn dieses mit ein paar sozialen Phrasen verbrämt ist).

Und davon abgesehen — selbst wenn es das Recht auf Arbeit im Kapitalismus wirklich geben könnte, selbst dann wäre dies doch nur das „Recht", von den Kapitalisten als moderner Lohnsklave beschäftigt und bis auf die Knochen von ihnen ausgebeutet zu werden. Aber nicht einmal dieses „Recht" kann der Kapitalismus verwirklichen, denn Arbeitslosigkeit gehört zu diesem System wie der Deckel zum Topf.

Die D„K"P betont ja immer, in den revisionistischen Staaten (sie nennen sie unberechtigterweise sozialistisch) wie der Sowjetunion, der DDR, Polen usw. sei das Recht auf Arbeit Wirklichkeit. Das ist jedoch eine Lüge. Auch wenn dort die Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, die die D„K"P ja immer fordert, Realität ist, so gibt es dort doch die gleichen typisch kapitalistischen Übel und Krisenerscheinungen wie bei uns, seit die Revisionisten die Macht an sich gerissen und den Sozialismus zerschlagen haben. Nur wird das dort stärker kaschiert und verschleiert. In der Sowjetunion beispielsweise wird die Arbeitslosigkeit dadurch verschleiert, daß Arbeitslose als solche einfach nicht registriert, sondern unter der Kategorie der „Fluktuation von Arbeitskräften" geführt werden. Der sogenannte „Sozialismus" in den revisionistischen Staaten ist in Wahrheit nichts anderes als Staatskapitalismus. Das Joch der Lohnsklaverei lastet dort noch brutaler auf dem Proletariat als bei uns.

Ein wirkliches Recht auf Arbeit gibt es nur unter der Diktatur des Proletariats, wo die Herrschaft des Kapitals gestürzt, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt ist und wo nicht zugelassen wird, daß sich eine neue Ausbeuterklasse entwickelt und es sich auf dem Rücken des arbeitenden Volkes bequem macht. Die Sozialistische Volksrepublik Albanien ist ein leuchtendes Beispiel in dieser Hinsicht. Der Staatskapitalismus, den uns die D„K"P verordnen will, ist dagegen für die Arbeiterklasse alles andere als erstrebenswert. Wer will denn schon vom Regen in die Traufe kommen?

Es ist selbstverständlich eine Notwendigkeit, daß der Kampf gegen die skrupellose Vernichtung von Arbeitsplätzen, der Kampf gegen Stillegungen und Massenentlassungen entschlossen geführt wird. Auch ist es durchaus richtig, den Kampf für die Forderung zu führen, daß der Staat für Lehrstellen sorgen und Arbeitsplätze schaffen soll. Aber die D„K"P sabotiert und verrät diesen Kampf. Ein Beispiel dafür ist das absurde und peinliche Spektakel des sogenannten „Hungerstreiks für Arbeit", das sie kürzlich in Szene setzten. Zwölf arbeitslose Jugendliche führten vor dem Sitz des BDI (Bund deutscher Industrieller) in Köln einen zweitägigen Hungerstreik durch. Gleichzeitig veranstalteten die Revisionisten in verschiedenen Städten Fackelumzüge und „Mahnwachen gegen die Arbeitslosigkeit". Alle möglichen revisionistischen Kräfte und Organisationen schickten Grußtelegramme. Laut „UZ" (Tageszeitung der D„K"P) wurde Schleyer, der Boß des BDI, „durch die große Solidarität gezwungen, auf ein Gespräch mit einer Delegation der DKP-Jugendorganisation SDAJ einzuwilligen". Das betrachten die Revisionisten als großen Erfolg. Aber damit nicht genug, begaben sich „die 12 aus Köln" auch noch nach Brüssel, um bei der Menschenrechtskommission Klage gegen die Verletzung des Grundrechts auf Arbeit einzureichen. All dies wird von der Presse der Revisionisten groß ausgewalzt.

Worin unterscheiden sich solche lächerlichen Aufführungen eigentlich im Prinzip von Wallfahrten, Gebeten und Prozessionen? Sie unterscheiden sich nur dadurch, daß hier Phrasen von Klassenkampf und „antikapitalistischer Politik" gemacht werden, daß der Geist des Pazifismus und der Klassenversöhnung gezielt in die Bewegung gegen die Arbeitslosigkeit hineingetragen wird, daß gezielt die Kampfentschlossenheit und das Klassenbewußtsein der Arbeiter und werktätigen Jugendlichen zersetzt werden soll.

Wir müssen diesen Verrat der D„K"P-Revisionisten entlarven und gegen die Illusionen kämpfen, die sie verbreiten. Wir müssen den Kampf gegen Massenentlassungen und Stillegungen und die Bewegung gegen Arbeitslosigkeit vorantreiben und stärken, indem wir ihn mit revolutionärer Stoßrichtung führen

Aufruf des ZK der KPD/ML zum Roten 1. Mai 1977

Fortsetzung von Seite 1

die unterstützt wird von den modernen Revisionisten, die die Interessen der Arbeiterklasse und den Kommunismus vollständig verraten haben, ziehen wir am 1. Mai einen klaren Trennungsstrich. Der 1. Mai ist der internationale Kampftag der Arbeiterklasse und kein Verbrüderungsfest mit den Kapitalisten und ihren Lakaien. Die kämpferische und revolutionäre Tradition des 1. Mai wird in Westdeutschland und Westberlin auf den Roten 1. Mai-Demonstrationen im Geiste Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs und Ernst Thälmanns fortgeführt.

In diesem Kampf stehen wir nicht allein. Die revolutionären Arbeiter aller Länder demonstrieren am 1. Mai für die gleichen Ziele wie wir: gegen Ausbeutung und Unterdrückung, gegen den Kapitalismus, für die Revolution und den Sozialismus. An ihrer Seite stehen die unterdrückten Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, die um ihre Befreiung vom Joch des Imperialismus kämpfen.

Fest und unerschütterlich an der Seite des Weltproletariats und der revolutionären Völker im Kampf gegen Imperialismus, Reaktion und Revisionismus stehen die wahrhaft sozialistischen Länder. Wir blicken an diesem 1. Mai besonders auf die Sozialistische Volksrepublik Albanien, dem einzigen sozialistischen Land in Europa. Auch dort demonstrieren an diesem 1. Mai die Werktätigen unter der Führung der Kommunisten. Sie demonstrieren ihre Entschlossenheit, ihr sozialistisches Vaterland, in dem sie die Herren sind, in dem Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen, in dem Arbeitslosigkeit, Krise und Elend beseitigt sind, gegen die Angriffe aller inneren und äußeren Feinde zu verteidigen. Ihr glückliches und freies Leben im Sozialismus ist uns Ansporn und Ermutigung.

Erheben wir am Roten 1. Mai das Banner der sozialen und nationalen Befreiung des deutschen Volkes! Nieder mit dem westdeutschen Imperialismus! Nieder mit dem sozialfaschistischen Honecker-Regime! Nieder mit den beiden imperialistischen Supermächten USA und Sowjetunion!

HERAUS ZUM ROTEN 1. MAI!

GEGEN ARBEITSLOSIGKEIT, LOHNRAUB UND POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG — VEREINIGT EUCH IM REVOLUTIONÄREN KLASSENKAMPF GEGEN DEN KAPITALISMUS UND SEINE HANDLANGER!

KÄMPFT MIT DER KPD/ML FÜR DIE SOZIALISTISCHE REVOLUTION IN OST UND WEST — FÜR EIN VEREINTES, UNABHÄNGIGES, SOZIALISTISCHES DEUTSCHLAND!

PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH!

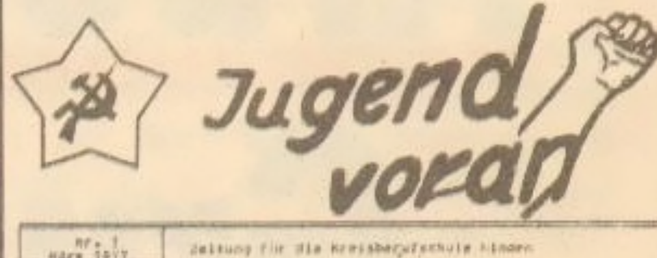
Kurz berichtet

HAMBURG

Am Freitag, den 11. März, fand in Hamburg-Barmbek, gegenüber dem Betrieb Still-Esslingen ein Arbeitertreff der KPD/ML zum Kampf gegen Stillegungen und Massenentlassungen statt. Dazu waren handgemachte Plakate geklebt worden. — Es kamen 32 Leute, darunter Genossen und Kollegen von Still-Esslingen und von Heidenreich & Harbeck. Es gab eine sehr lebhafte Diskussion durch Beiträge eines Kollegen aus dem Barmbeker Zweigwerk von Still-Esslingen, der zum ersten Mal auf einem Arbeitertreff der Partei war. Kollegen dieses Betriebes hatten eine Woche vorher einen Nachmittag lang gestreikt, da der Betrieb stillgelegt werden soll. Gerade wegen dieser lebhaften Diskussion war der Arbeitertreff ein guter Erfolg. Es wurden am Schluß 67 DM zur Unterstützung der politischen Gefangenen gesammelt.

MINDEN

In Minden gibt die ROTE GARDE seit März unter dem Namen „Jugend voran" eine neue Zeitung für die Kreisberufsschule in Minden heraus. In der ersten Ausgabe ihrer Zeitung gehen die Mindener Rotgardisten ein auf das Berufsvorbereitungsjahr und zeigen, daß entgegen der Propaganda der Bourgeoisie dieses Schuljahr keineswegs ein Ausweg aus der Jugendarbeitslosigkeit ist. Neben verschiedenen Korrespondenzen und Berichten aus dem Berufsschulleben geht ein Artikel der Zeitung ausführlich auf die Ziele und die Arbeit der ROTEN GARDE, der Jugendorganisation der Partei, ein.



DORTMUND

Am 18. März führte die ROTE GARDE Dortmund ihren ersten Kulturabend durch. Anhand kurzer Redebeiträge gaben die Genossen einen Überblick über die revolutionäre Kultur des deutschen Volkes. Gemeinsames Singen revolutionärer Lieder, Vorträge von Gedichten aus den Kämpfen der Arbeiterklasse sowie ein Beitrag der Volkstanzgruppe der ROTEN GARDE in Dortmund wurden von den rund 70 Teilnehmern der Veranstaltung begeistert aufgenommen. Im Anschluß an die Veranstaltung wurde gemeinsam getanzt.

BERICHTIGUNG

In Nr. 11/77 berichteten wir an dieser Stelle über die Treckerdemonstration in Lüchow gegen die Wiederaufbereitungsanlage für Atommüll in Gorleben. Dabei ist uns ein bedauerlicher Druckfehler unterlaufen. An der Demonstration beteiligten sich nicht 2000 Trecker, wie gemeldet, sondern 200.

Ein weiterer Fehler unterlief uns im RM Nr. 12/77. Auf Seite 7 veröffentlichten wir über der Bildunterschrift „Demonstration gegen die Inhaftierung der vier Kölner Antifaschisten in Köln-Nippes" versehentlich ein Bild von einer Demonstration gegen Fahrpreiserhöhungen, die in derselben Woche in Köln stattgefunden hat.

Offen gesagt ...

Faschistische Hetzpropaganda

Der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht, berüchtigt durch seine offen bekundete Sympathie für Foltermethoden gegenüber Revolutionären und fortschrittlichen Menschen, berüchtigt auch durch das niedersächsische Verfassungsschutzgesetz, das jeden Bürger darauf verpflichten will, dem Verfassungsschutz Hilfsdienste bei seinem Kampf gegen die Kommunisten zu leisten, hat seinem Ruf als erbitterter Kommunistenfeind erneut alle Ehre gemacht.

Im Anschluß an die Demonstration in Grohnde forderte Albrecht das Verbot des KBW. Wofür er Unterstützung nicht nur in den Reihen der CDU fand, die jetzt einen Arbeitskreis zur Beobachtung der Aktivitäten der sogenannten „K-Gruppen" einrichten will, sondern auch bei der Gewerkschaft der Polizei, die das Verbot des KBW, der KPD/ML und anderer Organisationen fordert, weil diese Organisationen bei „der nächsten Aktion bereit seien, Menschenleben zu opfern". Dies, Kommunisten und Revolutionäre als Gewaltverbrecher, als gemeine Mörder hinzustellen und die Anwendung der revolutionären Gewalt als „Verbrechen" zu diffamieren, ist das Hauptziel der gegenwärtigen Hetzkampagne, die seit den Kämpfen um das Kernkraftwerk Brokdorf pausenlos in Presse, Funk und Fernsehen betrieben wird.

Um vom Terror der Polizei abzulenken und den gerechten Kampf gegen den Bau von KKWs zu verleumden, schreckt die Bourgeoisie nicht vor den lächerlichsten Behauptungen zurück. So verkündete etwa der niedersächsische Innenminister Groos allen Ernstes, die Demonstranten hätten völlig überraschte Polizisten angegriffen, die „in erster Linie zur Verkehrslenkung eingesetzt worden"seien!

Um der Bevölkerung zu „beweisen", daß es den Demonstranten in keiner Weise um den gemeinsamen Kampf mit der Bevölkerung gegen die KKWs gehe, sondern allein darum, Polizisten, „Menschenleben zu opfern", wurde noch am Abend der Demonstration in allen Nachrichtensendungen des Fernsehens behauptet, ein Polizist schwebe in Lebensgefahr. Eine Lüge, die von den entsprechenden Politikern auch dann nicht zurückgenommen wurde, als man zwei Tage darauf in den Zeitungen lesen konnte, daß bereits seit Sonntag kein einziger Polizist mehr in stationärer Behandlung sei.

Ja, man ging sogar noch weiter! Gegenüber mehreren festgenommenen Demonstranten auf dem Polizeirevier in Hameln wurde behauptet, ein Polizist sei getötet worden, einem Demonstranten wurde erklärt, ein Polizist sei mit der Mistgabel durch den Hals gestochen worden und daran gestorben! Auf diese Weise wurde versucht, von den Demonstranten Aussagen zu erpressen, um Material für drei Ermittlungsverfahren wegen versuchten Totschlags, die gegen Demonstranten eingeleitet wurden, zu bekommen. Offensichtlich will die Bourgeoisie dieses Mal über die „normale" Hetze hinaus noch einen Schauprozeß anstrengen, um „rechtskräftig" (sprich: durch ein Terrorurteil der Klassenjustiz) feststellen zu lassen, daß Revolutionäre Gewaltverbrecher sind und für Jahre hinter Gitter gehören.

Der Versuch, Revolutionäre und vor allem die KPD/ML als „Gewaltverbrecher"zu verleumden, sie als kriminelle Vereinigung zu verbieten, ist nicht neu. Wenn auch die bisherigen Versuche durch den Kampf der Partei scheiterten, wenn auch die niedersächsische Landesregierung selbst eingestehen muß, daß man wahrscheinlich nicht darum herumkommt, KBW, GRF, KPD/ML als Partei anzuerkennen — so zeigen doch die letzten Wochen und Tage erneut, daß die Bourgeoisie ihre entsprechenden Pläne nicht aufgegeben hat und daß allen Versuchen, die Partei als „Organisation von Kriminellen" zu verleumden, entschieden entgegengetreten werden muß.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 – 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 3691 und 43 3692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

FDGB veröffentlicht Entwurf eines neuen Arbeitsgesetzbuches

Honeckers Revisionisten-Clique verschärft Unterdrückung im Betrieb

Mitte Januar veröffentlichte die Ostberliner Gewerkschaftszeitung „Tribüne" den Entwurf eines neuen Arbeitsgesetzbuches, das auf dem 9. Kongreß des FDGB im Mai dieses Jahres verabschiedet werden soll. Mit nichtssagenden, aber dafür um so bombastischer klingenden Phrasen über die „Stärkung unserer sozialistischen Demokratie" und die „Stärkung der führenden Rolle der Arbeiterklasse" loben die Schreiberlinge der neuen Bourgeoisie in der DDR diesen Gesetzentwurf. Den Arbeitern in Ostdeutschland aber hängen diese Losungen bereits zum Halse hinaus. Weil sie gegen Sozialismus sind? Nein, sondern weil die Erfahrungen mit dem sozialfaschistischen Regime in der DDR sie lehren, daß diese Losungen aus dem Munde Honeckers und des FDGB-Chefs Harry Tisch reine Lügen sind — Lügen, um die Arbeiter hinters Licht zu führen.

Schon die Äußerlichkeiten des Entwurfs zeigen so einiges. Der Umfang des Gesetzbuches wurde gegenüber dem bisher geltenden Arbeitsgesetzbuch aus dem Jahre 1961 glatt verdoppelt. Mit 17 Kapiteln und 305 Paragraphen ist dieser Gesetzentwurf ein wahres Monstrum, das zudem in einer ekelhaften Sprache gehalten ist: einer Mischung von revisionistischer Phrasendrescherei und bürokratischem Juristendeutsch.

Das neue Arbeitsgesetzbuch stellt zunächst die falsche Behauptung auf, daß die Produktivkräfte, die Fabriken und Maschinen in der DDR unter der Herrschaft der Arbeiter stünden, daß die DDR ein „sozialistischer Staat" sei, wo keine Ausbeutung mehr herrsche. Tatsache dagegen ist, daß Fabriken und Maschinen verstaatlicht sind — nur: Wer beherrscht diesen Staat? Das ist nicht die Arbeiterklasse, sondern das ist eine Klasse von Ausbeutern und Unterdrückern, ist die neue Bourgeoisie. Die Arbeiter können weder im Staat, im Parlament noch in der Fabrik ihre Interessen vertreten, geschweige denn durchsetzen.

Ganz in diesem Sinn stärkt das neue Arbeitsgesetzbuch auch nicht etwa die „führende Rolle der Arbeiterklasse", die ja gar nicht vorhanden ist, sondern die Positionen der neuen Bourgeoisie. Unter § 4 des neuen Gesetzbuches wird ausdrücklich die führende Position des Betriebsleiters bekräftigt, wird sein Weisungsrecht betont. Alle wichtigen Entscheidungen werden auf diese Weise ausschließlich von Betriebsdirektoren gefällt. Sie sind im Grunde genommen nichts anderes als die kapitalistischen Manager in den westlichen kapitalistischen Ländern.

Diese Betriebsleiter und Manager haben auch ein unmittelbares materielles Interesse daran, die Arbeiter immer stärker auszubeuten. Sie bekommen in Form von Prämien und Gehältern einen Profitanteil, dessen Höhe von der Höhe des von ihnen durch die Ausbeutung der Arbeiter insgesamt erzielten Profits abhängt. Je höher also der Profit, desto höher ihr Managergehalt. Über die wirkliche Höhe dieser Prämien schweigen diese Betriebsdirektoren sich natürlich genauso gern aus wie bei uns in der Bundesrepublik. Daß es sich dabei jedoch nicht um Pfennige handelt, davon zeugen die luxuriösen Villen der neuen Bourgeoisie, ihre Sommerhäuser an der Ostsee, ihre Autos, ihr aufwendiger Lebensstil. Dieser ganze Reichtum basiert auf der Ausbeutung des Arbeiters.

Der Unterschied zwischen dem sprunghaft ansteigenden Reichtum der neuen Bourgeoisie und dem Einkommen des Arbeiters wird immer größer. Das neue Arbeitsrecht hebt zwar großspurig hervor, daß die Entlohnung in der DDR nach dem Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jeder nach seiner Leistung" geschehe. Doch würde dies tatsächlich konsequent verwirklicht, so wären die SED- und FDGB-Funktionäre sicherlich schon lange verhungert. In Wirklichkeit erhalten die Funktionäre, diese Vertreter der neuen Bourgeoisie, ihr Gehalt nach dem erzielten Profit, die Arbeiter dagegen werden durch eine „leistungsorientierte Lohnpolitik" nach Strich und Faden ausgebeutet.

Welche Beziehung zwischen den staatskapitalistischen Betrieben und den Werktätigen besteht, daß macht in besonders empörender Weise der Abschnitt des neuen Arbeitsgesetzbuches über die Ersatzpflicht deutlich. Danach ist ein Arbeiter, wenn er im Verlauf seiner Arbeit eine Maschine beschädigt oder sonstwie Schaden verursacht, bis zur Höhe seines dreifachen monatlichen Tariflohns ersatzpflichtig.

Demgegenüber braucht der Betrieb dem Arbeiter keinen Schaden zu zahlen, wenn er „die Umstände, die zum Schaden geführt haben, trotz Ausnutzung aller durch die sozialistischen Produktionsverhältnisse gegebenen Möglichkeiten nicht abwenden konnte". Schöner „Sozialismus"! Wenn dem Arbeiter also etwas zustößt, wird er nicht entschädigt, weil der Betrieb den Unfall nicht „abwenden" konnte. Wenn der Arbeiter aber aufgrund ständiger Steigerung der Arbeitshetze Fehler macht, wird er zur materiellen Entschädigung gezwungen. Dies sind kapitalistische Ausbeutungsverhältnisse, aber mit Sozialismus hat das wahrhaftig nichts zu tun.

Statt Demokratie — Sozialfaschismus

Die SED hebt besonders hervor, daß das neue Gesetzbuch den Arbeitern die „Stärkung der sozialistischen Demokratie" sichern soll. Was die SED mit dieser angeblichen „Demokratie" wirklich meint, zeigt der Paragraph 56 des Gesetzbuches, wo dem Arbeiter „bei schwerwiegender Verletzung staatsbürgerlicher Pflichten" fristlose Entlassung angedroht wird. Danach reicht bereits eine ablehnende Haltung gegenüber der Honecker-Clique und den russischen Besatzern oder auch Empörung über die Schikanen im Betrieb aus, um aus dem Betrieb geworfen werden zu können. Und da reden die in ihrem neuen Gesetzbuch noch groß vom „Recht auf Arbeit", das jeder in der DDR habe — allenfalls hat es derjenige, der sich bedingungslos der Herrschaft der neuen Bourgeoisie unterwirft; er hat vielleicht dann das „Recht", sich ausbeuten zu lassen, während die neue Bourgeoisie, die neue Kapitalistenklasse dafür das Recht auf Profit hat.

„Recht auf Arbeit", heben die SED-Schreiberlinge immer hervor, heiße auch, daß es keine Arbeitslosen in der DDR gäbe, und das sei ein untrügliches Merkmal für das sozialistische System in der DDR. Selbst wenn wir jedoch davon ausgehen, daß es in der DDR gegenwärtig kaum nennenswert Arbeitslose gibt, so ist das noch lange kein Beweis für den „sozialistischen Charakter" der DDR. Anfang der sechziger Jahre gab es auch in der Bundesrepublik in kaum nennenswertem Ausmaß Arbeitslose und trotzdem wird wohl keiner behaupten wollen, die Bundesrepublik sei damals ein sozialistischer Staat gewesen. Daß vielmehr die Arbeitslosigkeit grundsätzlich zu den revisionistischen Staaten genauso wie zu den westlichen kapitalistischen Staaten gehört, davon zeugen die Zigtausenden ausländischen Kollegen aus Jugoslawien, aus Rumänien, aus Ungarn und Polen usw., die gezwungen werden, in der DDR oder auch in Westdeutschland sich Arbeit zu suchen, während die revisionistischen Bonzen in ihrer Heimat ebenfalls große Worte vom „Recht auf Arbeit" schwingen.

Unter „Recht auf Arbeit" versteht der Arbeiter unter anderem ein Recht auf Arbeit in seiner Umgebung oder zumindest innerhalb seiner Heimat. Die SED-Revisionisten aber, die zwar noch nicht die Arbeiter in den Westen auf Arbeitssuche schicken, verpflichten auf Wunsch der Kreml-Zaren Tausende qualifizierte junge Arbeiter in die entlegensten Gebiete Sibiriens, wo sie wie in Ust-Ilimsk bei Temperaturen von 30 Grad minus für die Profite der russischen Sozialimperialisten schuften müssen. Welch ein „Recht auf Arbeit"!

Ein weiterer Beweis für den sozialfaschistischen Charakter des neuen Arbeitsgesetzbuches ist die Tatsache, daß den Arbeitern bei Strafe verboten ist, ihre mächtige Waffe gegen Ausbeutung und Unterdrückung einzusetzen: den Streik. Die SED-Revisionisten tun dieses empörende Unrecht gegen die Arbeiter kurzerhand damit ab: Die DDR sei eben ein sozialistischer Staat, in dem der Arbeiter gar kein Interesse am Streik haben könne, denn er würde ja nur gegen sich selbst streiken. Das ist schon wirklich zynische Demagogie.

Gegen wen richten sich denn die Streiks, die die ostdeutschen Arbeiter trotz faschistischem Verbot mutig durchführen? Gegen die Arbeiter? Nein, es sind Streiks im Interesse der Arbeiter, im Interesse der ganzen Arbeiterklasse, gegen die immer schärfere Ausbeutung und Unterdrückung durch die neue Bourgeoisie. Gegen wen richtete sich denn der Streik, der kürzlich in einem Schweriner Großbetrieb stattfand? Er richtete sich gegen noch schärfere Normenerhöhungen der neuen Bourgeoisie. Und wofür streikten kürzlich die Arbeiter im Stahlwerk Brandenburg? Sie streikten für bessere Versorgung im Betrieb und bessere Arbeitsbedingungen. In einem Berliner Betrieb führten Kollegen kürzlich einen Bummelstreik gegen die Einführung neuer Lohnformen durch. All diese Streiks richteten sich gegen die neue Bourgeoisie, richteten sich gegen die Ausbeutung und Unterdrückung. Und genau das ist auch der Grund, warum die Honecker-Clique in ihrem Arbeitsgesetzbuch den Streik der Arbeiter verbietet, ist der Grund, warum sie Streiks faschistisch unterdrückt und die streikenden Kollegen brutal verfolgt.

FDGB — faschistische Arbeitsfront

Von der SED-Presse wird begeistert hervorgehoben, daß das neue Arbeitsgesetzbuch die Rolle der Gewerkschaften in den Betrieben weiter erhöhe. Die Gewerkschaften sollen in Zukunft sich noch mehr „um die Belange der Arbeiter in den Betrieben" kümmern und darauf achten, daß die Rechte der Arbeiter nicht verletzt werden.

Der FDGB als Interessenvertreter der Arbeiter? Für die ostdeutschen Arbeiter, die tagtäglich mit der Wirklichkeit im Betrieb konfrontiert sind, ist das höchstens ein schlechter Witz. Wenn Vertrauensleute und Betriebsräte des FDGB tatsächlich sich an die Kollegen wenden, so meistens nur dann, um ihnen irgendeine Initiativschicht aufzuschwatzen beziehungsweise aufzuzwingen. Der FDGB-Apparat ist vollständig mit dem staatsmonopolistischen System verschmolzen, seine Führung gehört, nicht anders als bei uns in Westdeutschland die DGB-Führung, zur Monopolbourgeoisie. Dieser Apparat hat keine andere Aufgabe, als die Maßnahmen der neuen Bourgeoisie unter den Arbeitern durchzusetzen und die Arbeiter im Dienst der Bourgeoisie unter Kontrolle zu halten.

Damit der FDGB-Apparat dieser Aufgabe künftig noch mehr nachkommen kann, wurde in dem Arbeitsgesetzbuch-Entwurf ein neues Kapitel über „Arbeitsorganisation und Arbeitsdisziplin" aufgenommen. Danach werden, wie das „Neue Deutschland" bemerkte, „... die Betriebsleiter und leitenden Mitarbeiter verpflichtet, den Arbeitsprozeß nach den neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen zu leiten und solche Bedingungen zu schaffen, die es den Gewerkschaften noch besser ermöglichen, den sozialistischen Wettbewerb mit hoher Wirksamkeit zu führen". Betriebsleitung und Gewerkschaftsführung machen also gemeinsame Sache und sollen künftig noch enger zusammenarbeiten, um die Werktätigen „mit hoher Wirksamkeit" auszubeuten. Klarer als das „Neue Deutschland" kann man kaum zum Ausdruck bringen, daß der FDGB bei dieser Ausplünderung die Rolle des Antreibers spielt, der mit Auszeichnungen und Prämien als Zuckerbrot und Drohungen und Erpressungen als Peitsche sich in seinem Wesen von Hitlers faschistischer Arbeitsfront nicht im geringsten unterscheidet.

Nicht zuletzt das neue Arbeitsgesetzbuch selbst, das unter maßgeblicher Beteiligng des FDGB-Apparates entworfen worden ist, beweist dies schlagend. Dieses Gesetzbuch, das demagogisch mit den „Rechten der Arbeiter" hausieren geht, geschmückt mit sozialistischen Phrasen, schafft statt mehr Rechte für die Werktätigen nur eines: eine gesetzliche Grundlage, um die sozialfaschistische Ausbeutung und Unterdrückung der ostdeutschen Arbeiterklasse durch die neue Bourgeoisie noch mehr zu verschärfen.

Leipziger Messe - Schau der neuen Ausbeuter

Wie jedes Jahr zur Leipziger Messe, so gab es auch diesmal von Seiten der Honecker-Clique viel Lärm über die angeblich sozialistische Wirtschaft der DDR, die „leistungsstark" sei und „bedeutende Potenzen" habe. Gewiß, viele technische Neuheiten gab es auf der Messe aus der DDR-Wirtschaft zu sehen. Aber ist das schon ein Gradmesser für Sozialismus? Danach wären ja selbst die USA ein „sozialistisches" Land.

Tatsächlich gibt es gewisse Gemeinsamkeiten zwischen der Wirtschaft der USA und der DDR, doch liegt das nicht daran, daß die USA sozialistisch, sondern daß die DDR-Wirtschaft durch und durch kapitalistisch ist. Das Wachstum der DDR-Wirtschaft zum Beispiel hat wie in den USA alle Zeichen einer ungleichmäßigen und kapitalistischen Entwicklung. Einzelne Wirtschaftszweige, wie die Maschinenbauindustrie, an deren Entwicklung die Moskauer Zaren großes Interesse haben und wo auch die neue ostdeutsche Bourgeoisie hohe Profite wittert, weisen ein schnelles Wachstum auf. Andere Wirtschaftszweige dagegen, an deren Entwicklung die russischen Sozialimperialisten kein Interesse haben und wo die ostdeutsche Bourgeoisie kaum Profit erwartet, werden stark vernachlässigt. Die im letzten Jahr zu verzeichnende schwerste Rückentwicklung in der Landwirtschaft seit Bestehen der DDR zeigt deutlich die ungleichmäßige Entwicklung der DDR-Wirtschaft, die eben keine sozialistische Wirtschaft ist, die sich an den Interessen des Volkes orientiert, sondern deren Entwicklung durch die Interessen Moskaus und seiner Ostberliner Vasallen und ihre Profitgier bestimmt wird.

Welche Rolle der russische Sozialimperialismus in der DDR-Wirtschaft spielt, zeigte: Bereits am Vorabend der Messe empfängt Willi Stoph die Regierungsdelegation der UdSSR; die erste internationale Pressekonferenz der Messe hielt die UdSSR ab; der größte ausländische Aussteller ist natürlich ebenfalls die UdSSR. Sie ist der eigentliche Herr dieser Ausstellung.

Das zeigt sich nicht nur daran, wie die russischen Sozialimperialisten in Leipzig hofiert werden, sondern davon zeugen auch die Stände der revisionistischen RGW-Länder, die ein anschauliches Bild über ihre immer stärkere Abhängigkeit von Moskau liefern. Von Jahr zu Jahr steigt auf den Ausstellungen der einzelnen RGW-Staaten die Zahl der Waren, die in „Kooperation" mit dem Moskauer RGW-Apparat entwickelt wurden. Die ausgestellten Industrieerzeugnisse aus Bulgarien sind zum Beispiel zu 80% in RGW-Kooperation entstanden. Die von der DDR ausgestellten Werkzeugmaschinen sind zu 40% Ergebnisse der RGW-Integration. Was aber heißt „Kooperation" und „Integration"? Das heißt, daß die entsprechenden Betriebe bzw. bisweilen sogar ganze Wirtschaftszweige unter der Herrschaft des RGW-Apparats, unter der Herrschaft des russischen Sozialimperialismus stehen.

Auf diese Weise werden in den verschiedenen RGW-Ländern große Produktionseinheiten, gewaltige Monopolgesellschaften geschaffen, die eine marktbeherrschende Rolle im RGW einnehmen und mit denen sich die neuen Zaren im Kreml immer vollständiger die gesamte RGW-Wirtschaft unterwerfen. Ein Beispiel dafür ist die sowjetisch-ostdeutsche Wirtschaftsvereinigung „Assofoto", die 90% aller fotochemischen Produkte der RGW-Länder herstellt. Viele dieser „gemeinsamen" Betriebe werden auch in der Sowjetunion errichtet. So war es im Fall einer Großanlage in Nowopolozk in der Belorussischen Republik, wo ein modernes Chemiewerk zur Fertigung von jährlich 50.000 Tonnen Hochdruckpolyäthylen unter starker Beteiligung der DDR geplant und aufgebaut wurde. Wie das dabei nun mit der „Gemeinsamkeit" aussieht, zeigte sich dann auf der Herbst-Messe 1976 in aller Deutlichkeit: Dort wurde dieses Werk als „sowjetischer Beitrag" vorgestellt.

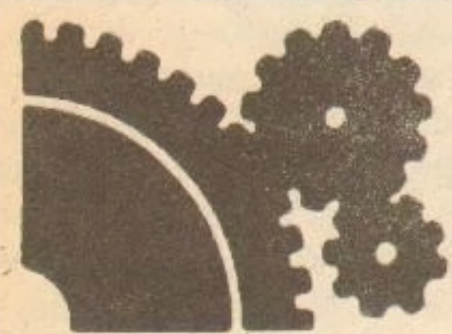
Was im Rahmen der diesjährigen Leipziger Messe weiterhin auffiel, das war die Hofierung der westlichen Monopole, insbesondere der westdeutschen Monopolkonzerne, durch die Honecker-Clique. Das „Neue Deutschland" berichtete besonders wohlwollend von den „herzlichen Gesprächen", die Honecker bei seinem Messebesuch am Stand des Salzgitter-Stahlkonzerns und am Thyssen-Stand geführt hat.

Natürlich war man bei den SED-Revisionisten bemüht, die immer engere Zusammenarbeit mit diesen westlichen Monopolen zu tarnen. Da macht angeblich die „stürmische Entwicklung der technisch-wissenschaftlichen Revolution" diese Zusammenarbeit notwendig oder sogar die „Interessen der Völker". Die tatsächlichen Gründe liegen indes ganz woanders.

Ein wesentlicher Grund vielmehr ist, daß die Wirtschaft der DDR sich in immer größeren Schwierigkeiten befindet. Die Wiederherstellung des Kapitalismus in der DDR unter Ulbricht hat auch der ostdeutschen Wirtschaft die kapitalistischen Übel wie wirtschaftliche Krisen, Inflation usw. wiederbeschert. Zum anderen reißen die Verpflichtungen gegenüber den Oberherren im Kreml immer tiefere Wunden in die ostdeutsche Wirtschaft, die durch die Militarisierung der Wirtschaft noch weiter zunehmen. Das ist der Grund dafür, warum die ostdeutsche kapitalistische Wirtschaft von Jahr zu Jahr auf höhere Kredite aus dem Westen angewiesen ist, nicht anders als die revisionistische Wirtschaft Polens, Ungarns oder Bulgariens. Auf diese Weise ist das Handelsdefizit der DDR gegenüber den westlichen kapitalistischen Ländern von Jahr zu Jahr gestiegen. Und wenn Honecker in diesem Jahr am Salzgitter-Stand in Leipzig inbrünstig betonte, daß politische und wirtschaftliche Beziehungen doch zwei ganz verschiedene Dinge seien, so ist das nichts weiter als ein Kniefall vor den westdeutschen Bankiers und Finanzmagnaten, weiterhin Kredite fließen zu lassen.

Hinter den SED-Phrasen von der „Leistungsstärke" und den „bedeutenden Potenzen" der DDR-Wirtschaft steckt reine Ausbeuterpolitik, das können auch Glanz und Glimmer der Leipziger Messe nicht verbergen. Denn die Zeche für die profitträchtigen Geschäfte der neuen Zaren im Kreml, der ostdeutschen Bourgeoisie und der westdeutschen Monopole auf der Leipziger Messe soll die ostdeutsche Arbeiterklasse zahlen. Sie und die anderen Werktätigen der DDR haben nicht nur für die neue Ausbeuterklasse in der DDR, nicht nur für die Oberherren in Moskau, sondern auch noch für die Zinsen der westlichen Bankiers und Finanzbosse zu schuften.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Protest gegen Erhöhung des Gewerkschaftsbeitrags:

„Das ist eine bodenlose Frechheit."

Liebe Genossen!

Eine Niederlage des DGB-Apparates zeichnet sich in einem mittleren Betrieb der Kieler Metallindustrie ab. Zu Beginn dieses Monats ließ die IGM durch ihre Vertrauensleute an fast alle Mitglieder „Blaue Briefe" verteilen.

„Lieber Kollege", hieß es in dem Schreiben, „bei der Überprüfung Deines Beitragskontos stellten wir fest, daß Du nicht den satzungsgemäßen Beitrag entrichtest ..."

Und weiter: *„Durch Deinen Vertrauensmann haben wir erfahren, daß Du eine qualifizierte Facharbeitertätigkeit ausführst und dafür mindestens mit dem Tariflohn der Gruppe 6 entlohnt wirst. Dies setzt bei normaler Arbeitszeit einen Mindestbruttolohn von 1500.- DM monatlich voraus...*

Sinngemäß heißt es dann weiter: Zur Aufrechterhaltung der Kampfkraft der Organisation sei es notwendig, daß jedes Mitglied mindestens 1% seines Bruttolohnes abführen müsse. Nach der Grundlage „unserer Berechnungen" wäre sein Beitrag somit auf 15.- DM monatlich festzusetzen. Aus dieser Jahresbilanz der Beitragsabrechnung gehe jedoch hervor, daß er mit seinem Beitrag weit unter diesem Soll liege. Das sei ein Verstoß gegen die Satzung und außerdem unfair gegenüber jenen Kollegen, die ihren Beitrag gewissenhaft nach ihrem Einkommen entrichten. Einen Pfennig von jeder verdienten Mark wäre auch nicht zu viel verlangt. Der Verstoß gegen die Satzung hätte außerdem zur Folge, daß jeder Leistungsanspruch des Mitgliedes an die Organisation erlösche. Aus diesem Grund würde man daher in seinem eigenen Interesse in Zukunft den leistungssichernden Beitrag von seinem Konto abbuchen, wobei man sein Einverständnis voraussetze. Falls man irrtümlich seinen Bruttoverdienst zu hoch eingeschätzt habe, könne auf beiliegendem Formular Einspruch eingelegt werden, unter Angabe der richtigen Daten...

Diesen Bescheid sahen die meisten der „lieben Kollegen" als einen ungeheuren Affront an und ihre Reaktion bekamen die Bonzen im Betrieb unmittelbar danach zu spüren: Mehr als fünf Mann verkündeten ihren sofortigen Austritt aus der Gewerkschaft und füllten den beiliegenden Fragebogen entsprechend aus, was natürlich **nicht** vorgesehen war. Sie wurden entsprechend umfunktioniert. Diese so bearbeiteten Formulare wurden dem Betriebsratsvorsitzenden und Hauptverbindungsmann zur IGM auf den Tisch gelegt. Gleichzeitig kündigten mehrere an, ihr Konto gegen unbefugten Abruf sperren zu lassen.

Bezeichnenderweise kamen viele der empörten Kollegen zu dem in diesem Betrieb tätigen Roten Betriebsrat, (der in seiner Rede zur letzten Betriebsversammlung die Gewerkschaften scharf angegriffen — und dafür von sehr vielen Kollegen Beifall erhalten hatte), um sich Rat zu holen, wie man sich gegen diesen unverschämten Angriff wehren kann. Sie sparten dabei nicht mit Schmähungen gegen die Bonzen und die Organisation, die das so eingenommene Geld in ihre Wirtschaftsunternehmen stecke, wie der „Neuen Heimat", die damit die teuren Wohnungen baut, die sich ein Arbeiter kaum leisten kann. Hier noch eine Auswahl weiterer Kommentare zu dem Beitragsbescheid der IGM:

„Was heißt hier satzungsgemäß? — Wer hat denn die Satzung gemacht? Die Bonzen natürlich, die von unserem Geld ihr Schmarotzerdasein finanzieren."

„Das ist ja Gangstertum!"

„Die können doch nicht — ohne mich zu fragen — einfach einen höheren Beitrag von meinem Konto abbuchen."

„Das ist eine bodenlose Frechheit von den Bonzen, einfach über mein Geld zu verfügen — das werde ich nicht zulassen. Was kann man dagegen tun?"

„Ich werde mein Konto sperren lassen. Die kriegen gar nichts mehr von mir, denn schließlich habe ich auch noch keine Gegenleistung für meine bisherigen Beiträge erhalten. Oder sollen wir den miesen 6,9%-Abschluß etwa als eine ‚Leistung' der Gewerkschaft ansehen?"

„Erst diesen miesen Tarifabschluß, der niemals die gestiegenen Lebenshaltungskosten ausgleicht und dann noch die Frechheit, gleich einen Teil davon in die eigenen Taschen zu leiten..."

„Ich wußte sowieso nicht, wofür ich meinen bisherigen Beitrag geleistet habe, wenn man die Gewerkschaftspolitik der letzten Jahre betrachtet. Denn — wann wurde schon mal gestreikt?"

„Ja und wenn mal gestreikt wurde, dann höchstens für zwei Stunden — das ist ja lächerlich — solche Spielchen kann ich auch noch aus eigener Tasche finanzieren. Dazu brauche ich keine Gewerkschaft, die auch sonst nie zur Verfügung steht, wenn man sie mal braucht."

„Wie kommen die Vertrauensleute überhaupt dazu, Informationen über mein Einkommen an die Gewerkschaft weiterzuleiten? Das ist unerhört."

„Wenn es für uns eine Alternative gäbe — etwa eine ‚Konkurrenzgewerkschaft', dann würde ich jetzt sofort wechseln, aber leider gibt es so etwas nicht."

Für den Roten Betriebsrat gab es reichlich Gelegenheit den Standpunkt der Partei zu erläutern, indem er an der doch recht vielfältigen und scharfen Kritik der Kollegen anknüpfte. An den Äußerungen zeigt sich ganz klar, daß trotz einiger Illusionen, die noch immer vorhanden sind, von den Kollegen der arbeiterfeindliche Charakter des DGB-Apparats immer besser erkannt wird. Solche Eigentore der Bonzen, wie es diese „Blauen Briefe" darstellen, tragen zur schnellen Bewußtseinsbildung einiges bei und regen zu fruchtbaren Diskussionen an.

Rot Front
Ein Genosse aus Kiel

Betriebsversammlung bei Elac in Kiel

Am 17. 3. fand bei Elac eine Betriebsversammlung statt. Sie stand im Zeichen von 21 Entlassungen und Rationalisierung. Unsere Betriebsversammlungen finden in der Mensa der Universität statt, weil im Betrieb kein geeigneter Raum ist. Zur Betriebsversammlung wurde ein Extrablatt der Betriebszeitung „Roter Lautsprecher" erstellt und ein Transparent mit der Aufschrift „Kampf den Entlassungen bei Elac — KPD/ML" gemalt. Das Transparent wurde im Aufgang zur Mensa aufgehängt und Genossen des KSB/ML verteilten direkt vorm Eingang der Mensa. Dies war ein voller Erfolg. Man kann sich vorstellen, wie der Betriebsrat rumgerannt ist, als sie merkten, daß direkt vor der Saaltür verteilt wurde und dort ein großes Transparent hing. Auf der Versammlung selbst versuchte die Geschäftsleitung mit viel Schmus, die schlechte Lage der Firma zu erklären. In der Diskussion gingen die zwei Roten Betriebsräte auf die Entlassungen und auf den Abbau „sozialer" und anderer Sonderleistungen ein. Wie sehr den Herren alles gegen den Strich ging, konnte man daran merken, daß ein übles Objekt, Vertrauensmann der IGM, eine wilde Hetzrede gegen die Partei und die Roten Betriebsräte hielt. Obwohl auf dieser Versammlung keine Kampfstimmung aufkam, erkannten viele Kollegen doch sehr deutlich, wer wo stand und wie sie von Betriebsrat und Geschäftsleitung wieder übers Ohr gehauen wurden. Manch einer wird mehr begriffen haben, daß nur der geschlossene Kampf seine Lage verändern kann, auch gegen Kurzarbeit, Entlassungen und Rationalisierung.

Genossen von Elac, Kiel

Chemietarifrunde

Linearforderungen zeigen Widerstand gegen Gewerkschaftsapparat

Die Chemietarifrunde ist angelaufen. In Hessen stellte der Gewerkschaftsapparat der IG Chemie inzwischen seine Forderung auf: 9,5 Prozent. Hauenschildt und Co. sind darauf aus, bei möglichst geringem Widerstand einen Lohnraubabschluß durchzupeitschen, der so zwischen 6 und 7 Prozent liegt. Die klassenbewußten und kämpferischen Kollegen in den Chemiebetrieben müssen gegen diese Pläne den Kampf führen, müssen versuchen, den Herren die Suppe kräftig zu versalzen.

Ein zwischen 6 und 7 Prozent liegender Tarifabschluß, den die Kapitalisten und IG Chemie-Bonzen anstreben, würde unterm Strich eine Lohnerhöhung von ca. 40 bis 50 Mark netto erbringen. Allein schon die monatlichen Mehrausgaben eines Arbeiterhaushalts infolge der Preis- bzw. Tariferhöhungen für die Kfz-Versicherung, die Mieten, für Gas, Kaffee und Zigaretten belaufen sich im Durchschnitt auf ca. 60 Mark. Stellt man in Rechnung, daß dazu noch erhebliche Preiserhöhungen für Grundnahrungsmittel wie Kartoffeln, Milch, Fleisch usw. sowie für Kleidung und andere Dinge kommen, so wird deutlich, in welchem Ausmaß die Chemiekapitalisten und IG Chemie-Bonzen unsere Reallöhne abbauen wollen.

In verschiedenen Chemiebetrieben wurden durch den Vertrauensleutekörper Forderungen für die Tarifrunde diskutiert und aufgestellt. Diese Forderungen liegen durch die Bank weit über der 9,5-Prozent-Forderung. Und meist handelt es sich um Linear- (bzw. Festgeld-) Forderungen. So hat der Vertrauensleutekörper bei Merck in Darmstadt die Forderung von 190 Mark für alle aufgestellt. Bei Röhm in Darmstadt fordert der VL-Körper 170 DM. Bei NSI in Hamburg stellte der VL-Körper eine Mischforderung auf: 110 DM Sockelbetrag plus 4 Prozent.

Obgleich der Vertrauensleutekörper ein Bestandteil des reaktionären Bonzenapparates der Gewerkschaft ist und unter seiner Kontrolle steht, spiegelt die Aufstellung solcher Forderungen den Widerstand und die Empörung der Arbeiter und kleinen Angestellten gegen die Arbeiterfeindlichkeit und den ständigen Verrat der Gewerkschaftsbonzen wider. Auch opportunistische und abwieglerische Vertrauensleute sehen sich unter dem Druck der Kollegen oft genötigt, solche Forderungen zu befürworten bzw. wagen es nicht, sie offen zu bekämpfen. Allerdings, wenn man von der vollen Verteidigung der Reallöhne ausgeht, dann wäre sogar die Forderung von 190 Mark noch zu knapp, da müßten schon 200 Mark mindestens gefordert werden.

Das Entscheidende ist jedoch nicht unbedingt die Höhe der Forderung, sondern daß für eine annehmbare Forderung ein konsequenter Kampf geführt wird. Und dabei kann man sich nicht auf den Vertrauensleutekörper, sondern nur auf die eigenen Kräfte, auf den selbständigen Kampf der Kollegen stützen. Um so weniger der Gewerkschaftsapparat und die Revisionisten der D„K"P bei einem solchen Kampf Einfluß gewinnen, um so gefährlicher wird er für die Kapitalisten und um so besser stehen die Aussichten auf einen Erfolg.

Die Vertreter des IG Chemie-Apparates tönten, angesichts der relativ günstigen wirtschaftlichen Lage in der Chemiebranche seien sie „hart und entschlossen" und nicht bereit, auf die Durchsetzung einer „angemessenen" Tariferhöhung zu verzichten. Was hinter dieser „Kampfpose" steckt, zeigt schon die 9,5%-Forderung. Als ob die paar Bruchteile von Prozenten den Kohl fett machen, die sie in ihrer Forderung höher gingen als beispielsweise die ÖTV (8,5%) oder die IGM in der Stahltarifrunde (8%) (im Bereich Metallverarbeitung forderte die IGM ebenfalls 9,5%).

Über ihren geplanten Lohnraubabschluß können die IG Chemie-Bonzen mit dem Gerede über die günstige Lage in der Chemiebranche wohl kaum mehr einen Kollegen hinwegtäuschen. Aber sie wollen damit noch etwas anderes erreichen: Die Arbeiter sollen sich Sorgen machen über die wirtschaftliche Lage „ihrer" Kapitalisten, nach dem Motto: „Wenn es den Kapitalisten gut geht, ist auch die Lage der Arbeiter nicht so schlecht." Unausgesprochen steht hinter dem scheinradikalen „Auf-den-Tisch-hauen" der Bonzen die Drohung: „Haltet ja still und seid mäßig in euren Lohnforderungen, ihr gefährdet sonst eure Arbeitsplätze." Mit Hilfe solcher Illusionen über ein angeblich gemeinsames Interesse zwischen Arbeitern und Kapitalisten hoffen die Gewerkschaftsbonzen, den Widerstand der Arbeiter und kleinen Angestellten gegen den Lohnraub und gegen die Verschärfung der Ausbeutung in Grenzen halten zu können.

Stillhalten, die Ausbeutung und Unterdrückung kampflos hinzunehmen, ermuntert die Kapitalisten nur zu noch skrupelloseren Angriffen, zur Verstärkung ihrer Rationalisierungsmaßnahmen, zur Vernichtung von noch mehr Arbeitsplätzen und schwächt die Kampfkraft und die Solidarität der Arbeiter. Und umgekehrt ist die Kampfkraft und Macht der Arbeiter um so größer, um so entschlossener und kompromißloser sie ihre Interessen im unversöhnlichen Klassenkampf verteidigen. In diesem Sinne gilt es in der jetzigen Tarifrunde, sich gegen den geplanten Lohnraub zusammenzuschließen und zu kämpfen.

Tübingen

Erfolgreicher Streik bei Jasa

Bei der Jasa, einem kleinen Textildruck-Betrieb in Tübingen, standen am 16. März die Maschinen still. Das war ein Höhepunkt des Kampfes, den die Jasa-Kollegen seit längerer Zeit um ihre Lohnzahlung führen.

Schon Ende letzten Jahres hatten die Kapitalisten, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten waren, die Lohnauszahlung verzögert. Statt am 10. sollten die Kollegen erst am 15. November ihr Geld bekommen. Auch damals trat die Belegschaft diesem Angriff entschlossen entgegen und erzwang durch Streik die Auszahlung. In diesem Kampf konnten sich die Jasa-Kollegen auf ihren Betriebsrat stützen. Denn sie hatten im Sommer mit 83% der Stimmen den Kommunisten Volker Nieber zu ihrem BR-Vorsitzenden gewählt. Volker ist einer der Genossen, die von der bürgerlichen Klassenjustiz wegen Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972 verurteilt wurden. 16 Monate ohne Bewährung — dieses Terrorurteil wurde gegen ihn in erster Instanz gesprochen. Volkers Kollegen unterstützten den Kampf ihres Roten Betriebsrats und der Partei gegen die Klassenjustiz mit einer Protestresolution.

Nach dem Streik vom November schlossen sich die Jasa-Kollegen noch enger zusammen. Es bildete sich ein Kreis von fortschrittlichen und revolutionären Arbeitern, der über weitere Schritte im Kampf gegen die Kapitalisten beriet. Auch der „Rote Morgen" wurde häufiger im Betrieb gelesen.

Wie notwendig dieser engere Zusammenschluß der Kollegen war, zeigte sich Anfang des Jahres. Jasa-Boss Jacobi verzögerte die Auszahlung der Januar-Löhne bis zum 21., teilweise sogar bis zum 23. Februar. Und als er dann zahlte, hatten einige Kollegen ungedeckte Schecks in der Hand. Diese Unverschämtheit rief unter der Belegschaft Empörung hervor. Eine Unterschriftenliste ging im Betrieb herum, die Zeichen standen wieder auf Sturm.

Jacobi versuchte mit Schmeicheleien und Drohungen die Sache in den Griff zu bekommen. Einerseits biederte er sich bei den Kollegen an, machte auf Schulterklopfen, andererseits drohte er mit Konkurs der Firma, wenn die Belegschaft Kampfmaßnahmen ergreifen würde. In dieser Situation setzten sich einige Jasa-Kollegen mit Genossen der Partei zusammen und verfaßten ein Flugblatt, in dem die Ausbeutung im Betrieb angeprangert, die Lügen der Geschäftsleitung entlarvt werden. Es zeigt, daß Arbeitslosigkeit und Pleiten, insbesondere kleinerer Betriebe, Grundübel des Kapitalismus sind und propagiert den Kampf der KPD/ML für den revolutionären Sturz des kapitalistischen Systems. Das Flugblatt ruft die Kollegen auf, kampfentschlossen zu bleiben. In Bezug auf die Lohnzahlung heißt es: „Wir brauchen unser längst verdientes Geld nicht irgendwann, sondern am 15. Und wenn es nicht kommt, ist unser einziges Mittel: **Sofort Streik!** Kein Rad darf sich mehr drehen."

Dieses Flugblatt lag unmittelbar vor der Betriebsversammlung an allen Arbeitsplätzen, bei den Spinden. Von den meisten Kollegen wurden die Schlußfolgerungen begrüßt. Jacobi allerdings wurde noch nervöser. Auf der Betriebsversammlung wagte er es jedoch ebensowenig wie ein anwesender Gewerkschaftsbonze, das Flugblatt anzugreifen. Er versuchte vergeblich, die Kollegen mit Versprechungen zu ködern. Dann legte der Rote Betriebsratsvorsitzende seinen Rechenschaftsbericht vor. Er stellte dem Gewäsch von Jacobi klar die Forderung der Kollegen entgegen: Lohnzahlung am 15., sonst wird am 16. gestreikt. In kämpferischen Beiträgen machten verschiedene andere Kollegen deutlich, daß die Belegschaft hinter dieser Forderung steht. So blieb Jacobi nichts anderes übrig, als die Zahlung zu versprechen.

Am 15. jedoch warteten die Kollegen vergeblich auf ihr Geld. Damit war die Sache klar. Am nächsten Tag nahm kein Kollege die Arbeit auf. Die Geschäftsleitung zog alle Register und jammerte, jetzt müßte sofort Konkurs angemeldet werden. Einige Kollegen konnten dadurch eingeschüchtert werden, aber die Mehrzahl, zwei Drittel der Belegschaft, harrte den ganzen Tag im Streik aus. Als Jacobi dann ankam und Verhandlungen anbot, machten die Kollegen ihm klar, an wen er sich zu wenden habe: an den Roten Betriebsrat. Jacobi mußte kapitulieren. Er erklärte sich schließlich bereit, 60% des Lohns sofort, den Rest eine Woche später zu zahlen.

Die Kollegen nahmen das Angebot an und beendeten geschlossen den Streik.

Die Klassenkämpfe in den kapitalistischen Ländern haben sich verschärft

Auf der ganzen Welt gerät der Imperialismus in immer größere Schwierigkeiten. Die Völker der vom Imperialismus unterjochten Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas versetzen ihm Schlag auf Schlag in ihrem Kampf um Unabhängigkeit und Freiheit. Aber hat sich der Kampf nur in diesen Ländern verschärft? Revisionisten verschiedener Spielart, Arbeiterbetrüger aller Schattierungen behaupten bei uns wie auch in den anderen westeuropäischen Ländern, daß einzig und allein der Kampf dieser unterdrückten Völker und Nationen Bedeutung habe, das Proletariat in den Metropolen des Imperialismus dagegen verspießert, ja, sogar reaktionär sei, daß es seine Rolle als revolutionäre Klasse und Kraft eingebüßt habe.

Der Klassenkampf, die Verschärfung der Klassengegensätze in den westeuropäischen Ländern wie auch in den USA straft diese Theorien Lügen. Verschärfte Ausbeutung, Lohnraub, Arbeitslosigkeit, Inflation und Preissteigerungen, zunehmende politische Unterdrückung — all diese Maßnahmen, mit denen die Bourgeoisie die Folgen der weltweiten wirtschaftlichen kapitalistischen Krise auf die Werktätigen abzuwälzen sucht, haben zu einer noch stärkeren Polarisierung der sozialen Gegensätze, zur Erweiterung und Vertiefung des Kampfes des Proletariats und der übrigen werktätigen Massen geführt.

Dabei gibt es natürlich aufgrund der jeweiligen besonderen Bedingungen in den verschiedenen Ländern auch Unterschiede. Zugleich aber ist all diesen Kämpfen vieles gemeinsam. Eine dieser Gemeinsamkeiten ist die ständig zunehmende Breite des Kampfes. Ein kurzer Überblick über wichtige Aktionen der Arbeiterklasse in den westlichen Ländern während der ersten drei Monate dieses Jahres verdeutlicht das auf einen Blick.

In den USA, wo immer mehr Werktätige in tiefstes Elend gestoßen werden, kam es in den ersten drei Monaten dieses Jahres zu heftigen Streikkämpfen, an denen sich insgesamt Hunderttausende Werktätige beteiligten. Im Januar begannen die Drucker in New York einen Streik. Es schlossen sich 9.000 Arbeiter von General Motors in Michigan an. In sieben Werken von General Motors lag schließlich die Arbeit still. Im Februar begannen 1.000 Arbeiter des öffentlichen Dienstes in Philadelphia einen Streik für höhere Löhne. Im Bergbau streikten die Kumpel in Westvirginia, Pensylvania, Illionois, Indiana usw. gegen die Verschlechterung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen. Im Streik standen auch die Arbeiter der Stahl- und Bauindustrie sowie Beschäftigte des Gesundheitswesens.

In Westeuropa haben die Kämpfe der Arbeiterklasse in den letzten drei Monaten einen starken Aufschwung genommen: In Italien streikten im Februar die Drucker. In der Textilindustrie legten 150.000 Werktätige die Arbeit nieder und kämpften für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen. In Holland legten im Februar die Docker von Rotterdam und Amsterdam die Arbeit nieder. Ihnen folgten die Arbeiter der städtischen Verkehrsbetriebe, der Metallindustrie, der Bau- und Nahrungsmittelindustrie. In Belgien traten 50.000 Postbedienstete in den Ausstand. Streiks fanden auch in der Elektroindustrie statt. Im Transportwesen streikten 380.000 Werktätige. In Frankreich führten die Drucker ebenfalls einen entschlossenen Kampf. Bei der Air France fanden Streiks gegen Entlassungen statt. Hunderttausende Postbedienstete, 350.000 Eisenbahner traten in den Streik. In Paris demonstrierten Zigtausende Beschäftigte des öffentlichen Dienstes für Lohnerhöhungen und bessere Arbeitsbedingungen.

Auch in Westdeutschland gab es verschiedene Streiks und Protestdemonstrationen. Im Januar führten 30.000 Metallarbeiter in Hessen und Baden-Würtemberg Warnstreiks durch. Zu noch breiteren Streiks und Kampfaktionen kam es im Verlauf der ÖTV-Tarifrunde. An vielen Orten wurden Streiks, Demonstrationen und sogar Verkehrsblockaden von den Arbeitern durchgeführt. Im Saarland, in Nordrhein-Westfalen und anderen Teilen des Landes streikten Arbeiter und führten Protestdemonstrationen gegen Entlassungen und Stillegungspläne der Kapitalisten durch.

Nicht zuletzt in den skandinavischen Ländern, die von der Bourgeoisie so gern als Beispiel des „sozialen Friedens" und insbesondere von der Sozialdemokratie als Beispiel für die „Nützlichkeit der Klassenzusammenarbeit" gepriesen wurden, zeigte sich, daß die Arbeiterklasse nicht im geringsten gewillt ist, sich die Lasten der kapitalistischen Krise von der Bourgeoisie aufbürden zu lassen. In Finnland begann das Jahr mit einer Welle von Streiks in verschiedenen Wirtschaftszweigen, an denen sich Hunderttausende Arbeiter beteiligten. Darunter waren allein 16.000 Arbeiter, die einen mehrtägigen Streik durchführten. In Norwegen kam es zu einem Streik der Docker in Oslo, der sich gegen die Verteuerung des Lebenshaltungskosten richtete. Zur Unterstützung der Streikenden führten Zigtausende Werktätige verschiedener Berufe in Oslo und anderen Städten Kundgebungen und Demonstrationen durch. In Dänemark streikten unter anderem ebenfalls die Drucker, die einen zähen und heftigen Kampf gegen Lohnraub, Teuerung und Entlassungen aufnahmen.

All diese Kämpfe zeigen, daß die Bewegung des Proletariats gegen die Bourgeoisie nicht abgenommen, sondern sich verstärkt hat, daß die Kämpfe immer mehr Massencharakter annehmen. Ein Vergleich mit früheren Jahren bestätigt das: Nahmen in den Jahren 1966-1970 273 Millionen Menschen an Streiks, Kundgebungen und Demonstrationen teil, so waren es in den Jahren 1971-1975 315 Millionen Menschen.

Die Kämpfe des Proletariats in den westlichen kapitalistischen Ländern entwickeln sich jedoch nicht nur in die Breite, sondern auch in die Tiefe. Ein Anzeichen dafür ist, daß die Arbeiter in vielen Kämpfen sich von den reaktionären Einflüssen der zumeist sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie und den Ratschlägen und Rezepten der modernen Revisionisten zunehmend lösen, die darauf hinauslaufen, die Kämpfe in den von der Bourgeoisie gesteckten Grenzen zu halten. Nicht wenige Kampfaktionen der Arbeiterklasse in verschiedenen Ländern fanden sogar ausdrücklich gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokratie, die aufs engste mit dem kapitalistischen Staatsapparat verbunden ist, statt und richteten sich sogar gegen diese.

Ein Beispiel dafür ist der Streik, den die Automobilarbeiter der britischen Firma Leyland Ende Februar begonnen haben. Dieser Streik richtete sich nicht nur gegen verstärkte Ausbeutung und Unterdrückung sowie gegen Entlassungspläne, sondern die Streikenden erhoben sich zugleich auch gegen den sogenannten Sozialvertrag, der zwischen Vertretern des Staates und Gewerkschaftsbonzen abgeschlossen wurde. Mit diesem Vertrag beabsichtigt die Callaghan-Regierung gemeinsam mit den reaktionären Gewerkschaftsbonzen, die Arbeiter und die anderen Werktätigen zum Stillhalten zu zwingen, damit sie sich den arbeiterfeindlichen Manövern und Angriffen der Regierung nicht widersetzen, vom Klassenkampf ablassen und auf die Verteidigung ihrer Rechte verzichten. Dieser Kampf der englischen Arbeiterklasse gegen den Sozialvertrag des britischen Monopolkapitals zeigt aber zugleich noch ein weiteres: Daß in den Kämpfen der Arbeiterklasse der Kampf für politische Forderungen an Bedeutung gewinnt, daß das politische Bewußtsein der Arbeiterklasse im Verlauf der Kämpfe und Aktionen ständig zunimmt.

Deutlicher Ausdruck dessen ist der Kampf der spanischen Arbeiterklasse, der sich nicht nur gegen die Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen richtet, sondern auch gegen das faschistische Regime unter Francos Nachfolger Carlos. Beispiel dafür sind die Kämpfe von Hunderttausenden Arbeitern und anderen Werktätigen in Madrid, Barcelona und anderen Städten gegen die Verteuerung der Lebenshaltungskosten Anfang dieses Jahres. Beispiel dafür sind auch die großen Kämpfe der Bauern, die sich auf 18 Provinzen ausdehnten, in deren Verlauf viele wichtige Straßen blokkiert wurden und an denen über 200.000 Menschen teilnahmen. In allen diesen Kämpfen waren die wichtigsten Losungen: Schluß mit der faschistischen Unterdrückung! Freilassung aller politischen Gefangenen! Nieder mit dem faschistischen Regime!

Weiterhin zeigen diese Kämpfe der spanischen Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen, daß die Bourgeoisie in dem Maße, wie es ihren revisionistischen und sozialdemokratischen Agenturen innerhalb der Arbeiterklasse nicht mehr gelingt, die Arbeiter stillzuhalten, zu brutalem Terror gegen die kämpfenden Arbeiter greift, ihren Staatsapparat samt seiner Polizei gegen die Werktätigen einsetzt. Dies geschah und geschieht nicht nur unter dem faschistischen Regime in Spanien, sondern ebenso in den USA, in Westdeutschland, in Norwegen, Frankreich und Italien. In den Kämpfen aber weicht die Arbeiterklasse keineswegs vor diesem Terror zurück. Vielmehr hat der Kampf der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern selbst an Militanz zugenommen und vor allem erstarkt auch die Solidarität der Kämpfenden untereinander ständig. Dafür steht der Kampf der französischen Druckereiarbeiter, die nach Beendigung ihres Streiks erneut in den Ausstand traten unter der Forderung nach sofortiger Freilassung ihrer Kollegen, die während der Kämpfe von der Polizei festgenommen worden waren. Dafür steht der Streik der norwegischen Transportarbeiter, die sich in der Auseinandersetzung mit der Polizei auf Solidaritätsstreiks und -aktionen im ganzen Land stützen konnten. Dafür steht der Druckerstreik in Westdeutschland, bei dem vor einem Jahr die Drucker gezeigt haben, daß sie gegen das Streikbrechertum des staatlichen Gewaltapparates genauso entschlossen vorgehen wie gegen Streikbrecher in den eigenen Reihen.

Angesichts dieser Entwicklung ist jeder Defätismus, jede Geringschätzung dieser Entwicklung des Klassenkampfes ein Versuch, Verwirrung in die Arbeiterklasse hineinzutragen und sie vom Kampf abzuhalten. Was das Ausmaß und die Schärfe des Klassenkampfes in den kapitalistischen Ländern anbelangt, läßt sich zu Recht sagen, daß der Kampf des Proletariats in den letzten Monaten einen starken Aufschwung genommen hat und die Bourgeoisie in immer größere Schwierigkeiten gerät.

Worauf es aber in dieser voranschreitenden Bewegung des Proletariats ankommt, ist, den subjektiven Faktor zu stärken. Das heißt, gegen die zersetzende Rolle der modernen Revisionisten und aller opportunistischer Strömungen innerhalb der Arbeiterbewegung einen energischen Kampf zu führen und das politische Bewußtsein der Arbeiterklasse zu stärken in der Frage des Weges, den der Klassenkampf nehmen muß und nehmen wird: den Weg der proletarischen Revolution, den Weg des Sturzes der Bourgeoisie, der Zerschlagung des Imperialismus. Dies ist gerade angesichts der gegenwärtigen Entwicklung des Klassenkampfes in den kapitalistischen Ländern von außerordentlicher Bedeutung, denn diese Entwicklung des Kampfes des Proletariats und aller Werktätigen beweist selbst aufs beste, was Genosse Enver Hoxha in seinem Rechenschaftsbericht auf dem 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens betonte: ***„Die Welt befindet sich in einer Phase, in der die Sache der Revolution und der nationalen Befreiung der Völker nicht nur ein Ideal und eine Perspektive ist, sondern auch ein Problem, das zur Lösung ansteht."***

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

700 Millionen Profit - aus unseren Knochen

Über 700 Millionen DM Reingewinn weisen die Bilanzen des Opel-Konzerns für 1976 aus, das sind über 500% mehr Profit als im Jahr davor, und dazu kann man mit 100%iger Gewißheit behaupten, daß diese Zahlen noch frisiert sind. Jeder Kollege spürt die Wut und den Haß auf die General-Motors-Kapitalisten, die sich diese Millionenprofite einheimsen, während wir bei den Tarifverhandlungen mit läppischen paar Mark abgespeist wurden, denn mehr machen die 6,9% nicht aus, wobei die steigenden Lebenshaltungskosten auch diese paar Mark im Endeffekt bereits aufgefressen haben.



In zynischer Weise behauptet Mr. Waters, Generaldirektor von Opel,: „Das vergangene Jahr hat wieder einmal bewiesen, daß wir miteinander, in der Zusammenarbeit aller, Leistungen erbringen können, die vom Markt anerkannt werden. Das ist die eigentliche Basis unseres Erfolges." (aus Opel-Post 12/76) Also Arbeiter und Kapitalisten haben gemeinsam diese Leistung vollbracht? Das ist ja wohl eine Frechheit! Waters und Co. zählen ja noch nicht einmal die Profite selber, selbst dazu haben sie ihre Leute.

Tatsache ist, daß sie diese Profite erzielt haben, indem sie uns ausbeuten, indem sie uns zu immer größeren Leistungen antreiben! 27 Sonderschichten in den Opelwerken allein 1975, 21 Sonderschichten allein 1976, 6 Sonderschichten bereits 1977, und 4 weitere sind für dieses Halbjahr noch geplant. Erhöhung der Bandgeschwindigkeiten usw. usf. Aber obwohl wir viel mehr leisten müssen, bekommen wir lediglich soviel an Lohn, daß wir gerade uns und unsere Familie über die Runden bringen können. Alles, was wir darüber hinaus leisten, stecken sich die General-Motors-Kapitalisten ein, bzw. sie verkaufen die von uns produzierten Autos und erhalten so ihren Profit.

Mit ca. 57.000 Arbeitern in den Opel-Werken wurden 1973 ca. 874.000 Autos gebaut, und 1976 wurden mit etwa der gleichen Anzahl von Arbeitern 920.000 Autos hergestellt. Das zeigt deutlich, wie die Ausbeutung verschärft wurde.

Aber das möchten die IGM-Kapitalisten gerne verschleiern. Deshalb haben sie auch in den letzten Ausgaben der „Opel-Post" eine Reihe von Artikeln veröffentlicht, in denen sie uns weismachen wollen, je größer die Profite der Kapitalisten seien, um so besser würde es uns gehen, deshalb müßten die Arbeiter gerade bei Tarifrunden maßvoll sein und auf die Interessen des Betriebs Rücksicht nehmen. „Der Erfolg der Marktwirtschaft besteht gerade darin", heißt es in der „Opel-Post 10/76, „daß das Gewinnstreben des Einzelnen genutzt wird, um für die Allgemeinheit ein Höchstmaß an Wohlstand und Lebensqualität zu erreichen. Zwischen Arbeitgebern, Arbeitnehmern und dem Staat — besteht also kein Gegensatz, sondern vielmehr eine Identität der Interessen." Jawohl, der Erfolg der Marktwirtschaft, ein Höchstmaß an Wohlstand und Reichtum für die Kapitalistenklasse, aber für uns, für die Arbeiterklasse? Ruinierung unserer Gesundheit durch Akkord, Überschichten, Streß usw. Um 20% hat die Schwere der Arbeitsunfälle bereits von 1974 auf 1975 zugenommen. Und sind unsere Arbeitsplätze sicherer geworden? Nein, wir haben unsere 12.000 entlassenen Opel-Kollegen von 1974/75 nicht vergessen, auch wenn im Moment wieder mehr eingestellt sind, das kann sich aber morgen wieder ändern, die Erfahrung haben wir häufig genug gemacht!

Also wachsende wirtschaftliche Verschlechterung, Verteuerung unserer Lebenslage, zunehmende Ausbeutung und Unterdrückung, ein Millionenheer von Dauerarbeitslosen. Das ist der Erfolg der Marktwirtschaft für die Arbeiterklasse, das „Höchstmaß an Wohlstand und Lebensqualität für die Allgemeinheit".

Es ist eine glatte Lüge und Unverschämtheit, zu behaupten, je besser es den Kapitalisten ginge, je mehr Profite sie machen würden, um so besser würde es auch den Arbeitern gehen. Tatsächlich ist es so, daß wir, die ständig immer mehr Reichtümer durch unsere Arbeit schaffen, dabei immer mehr ruiniert werden, während die Kapitalisten, die sich die von uns geschaffenen Reichtümer aneignen, immer reicher werden. Das zeigt deutlich, daß es absolut kein gemeinsames Interesse zwischen Kapitalisten und Arbeitern gibt, wie es uns Opel weismachen will.

Wenn nun die D„K"P behauptet, man müßte die Gewinne der Großunternehmen nur richtig verteilen, dann ließe sich so manches Problem lösen, so ist das nichts als das Schüren der Illusion, der Kapitalismus ließe sich im Interesse der Arbeiter reformieren, und man könnte einen Ausgleich zwischen den Interessen der Klassen schaffen. Habt Ihr schon einmal Kapitalisten gesehen, die auch nur einen Pfennig freiwillig hergeben würden, geschweige denn die Profite oder sogar die politische Macht? Diese Kapitalisten gibt es nicht! Die Ausbeutung von Millionen Arbeitern durch eine verschwindend kleine Minderheit von Kapitalisten, das ist ja gerade das Wesen des Kapitalismus. Um diese Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse grundlegend zu ändern, um wirklich Wohlstand und Lebensqualität zu erreichen, muß sich unser Kampf gegen das gesamte kapitalistische System richten, mit dem Ziel seines Sturzes in der sozialistischen Revolution.

Durch Entlassungsdrohung in den Tod gehetzt

Kollegen, Ihr habt sicher die Todesanzeige in der Sonnabend-Zeitung gelesen, in der die AG-Weser-Kapitalisten behaupten, daß unser Kollege Martin Schröder am Montag, dem 14. März, durch einen „tragischen Unglücksfall" ums Leben gekommen sei.

Das ist unverschämte Heuchelei!

Der Kollege Martin — er war Maler von Beruf — wurde von seinem Vorgesetzten **allein** zum Spritzen in den Tunnel geschickt.

Wegen der gefährlichen Dämpfe hatte der Kollege gefordert, daß diese Arbeit zu zweit ausgeführt werden soll. Daraufhin wurde ihm mit Entlassung gedroht: „Draußen stehen genug, die nur darauf warten, diese Arbeit ausführen zu dürfen."

So wurde Martin in den Tod gehetzt. Er erstickte im Tunnel.

Die AGW-Kapitalisten versuchen alles — im Betrieb und nach außen —, um diesen durch Profitgier hervorgerufenen Tod unseres Kollegen zu vertuschen.

Das Los von Martin ist das Los von Tausenden Kollegen jedes Jahr in der Bundesrepublik, die diesem mörderischen kapitalistischen Ausbeutersystem zum Opfer fallen.



Das wird sich erst ändern, wenn die Arbeiterklasse diesem Ausbeuterpack in der sozialistischen Revolution das Handwerk legt.

Die Trauer um unseren Kollegen Martin wird uns nicht entmutigen, sondern unseren Haß schüren und uns noch mehr Kraft geben, um dieses Gesindel schließlich davonzujagen.

Verstärkte Ausbildung der Infanterie im Straßen- und Häuserkampf

Bundeswehr - Bürgerkriegsarmee gegen die Werktätigen

Wir beginnen in dieser Nummer des „Roten Morgen" mit einer zweiteiligen Serie über die Bundeswehr. Welchen Auftrag hat die Bundeswehr? Geht es wirklich darum, die „Freiheit unseres Volkes zu schützen", wie es die regierungsamtliche Propaganda behauptet? Wir werden zeigen, daß die Bundeswehr eine Armee der Abs, Krupp und Thyssen, der westdeutschen Imperialisten, für den Überfall auf andere Völker und die Niederhaltung der Werktätigen im eigenen Land ist. In diesem ersten Teil der Serie werden wir zeigen, daß die Bundeswehr eine Bürgerkriegsarmee der Imperialisten gegen das Volk ist.

Mit der Vertiefung der allgemeinen Krise, der Verschärfung der Wirtschaftskrise und dem Aufschwung der Klassenkämpfe, mit der wachsenden Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges hat die herrschende Klasse in unserem Land die Vorbereitungen für die gewaltsame Niederschlagung der Kämpfe der Werktätigen durch die Bundeswehr erheblich verstärkt. Dazu gehört vor allem, daß mit dem Beginn des Jahres



Bundeswehrsoldaten bei einer Häuserkampfübung

1976 für alle Verbände der Panzergrenadiertruppe, der Jägertruppe, für die Gebirgs- und Fallschirmjägerverbände die Ausbildung im Orts- und Waldkampf obligatorisch geworden ist. Diese Ausbildung wird in der Kampftruppenschule 1 in Hammelburg in einem einwöchigen Lehrgang durchgeführt. Hier in Hammelburg wird praxisnah und realistisch der Bürgerkrieg der Bundeswehr gegen das Volk geübt.

Wenn die Polizei überfordert ist

Der Auftrag dieser Schule geht auch klar aus den Worten ihres Kommandeurs hervor, der sagt, *„daß die großen Waldgebiete, die vielen dicht besiedelten Räume und die ausgedehnten Industrieanlagen in unser Ausbildungskonzept eingeschlossen werden müssen. Die Truppe muß in die Lage versetzt werden, ihre moderne Ausrüstung und Bewaffnung auch in dem angesprochenen Gelände* ***in jeder Hinsicht*** *(Hervorhebung von uns — RM) richtig zu nutzen."* Welchen anderen Sinn kann aber der Einsatz der Bundeswehr in den Städten und den Industriebetrieben haben, als den Kampf gegen die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen?

Daß es darum und um nichts anderes geht, zeigen unter anderem die Notstandsgesetze, die seit einiger Zeit Bestandteil der Verfassung der Bundesrepublik sind. Darin heißt es: *Zur Abwehr einer drohenden Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung kann die Bundesregierung, wenn die Polizeikräfte und der Bundesgrenzschutz nicht ausreichen, Streitkräfte bei der Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer einsetzen."*

„Abwehr einer drohenden Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung" heißt aber nichts anderes als Schutz der kapitalistischen Ausbeuterordnung vor dem revolutionären Kampf der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen. Die Niederschlagung solcher Kämpfe wird daher auch ständig von der Bundeswehr geübt. Aus der Vielzahl der Manöver genügt es, eine typische Lagebeschreibung herauszugreifen. Da heißt es z. B.: *„Die Deutsche Mark verliert ständig an Kaufkraft, die Lebensmittelpreise steigen rapide. Die bis dahin friedlichen Demonstrationen für höhere Löhne und stabile Preise ... arten zu blutigen Straßenkämpfen aus. Der Verkehr bricht immer häufiger zusammen. Die Polizei ist überfordert. Es werden Schützenpanzer gegen Demonstranten eingesetzt."*

Natürlich schweigen sich die Offiziere darüber meistens aus, wenn ihre Soldaten nach Hammelburg einrükken. Sie wissen ganz genau, daß die jungen Arbeiter, Bauern, Angestellten, Schüler und Studenten kein Interesse an der Unterdrückung ihrer Klassenbrüder haben können, daß sich der Haß und die Wut, die schon heute unter den Soldaten auf die Bundeswehr herrschen, noch gewaltig verstärken würden. Die Vertuschung des wirklichen Charakters der Bundeswehr vor den einfachen Soldaten, die Demagogie über die „Verteidigung der Demokratie" sind nur die andere Seite des Kasernenhoftons und der Erziehung zum Kadavergehorsam. Damit sollen die Soldaten entwaffnet und zum blinden Gehorsam erzogen werden — „aus Menschen Soldaten machen", wie es ein Hauptmann zynisch ausgedrückt hat — und im Ernstfall durch Terror zum Einsatz gegen das Volk gezwungen werden.

„Gewisse Elemente könnten sabotieren ..."

Aber nicht nur die Manöverlagebeschreibungen, sondern auch die Übungen in Hammelburg selbst sprechen eine deutliche Sprache. Geübt wird in einem Dorf auf dem Gelände des Truppenübungsplatzes, aus dem die Bevölkerung vertrieben worden ist. Bezeichnend ist, daß den westdeutschen Imperialisten dieses Dorf heute schon nicht mehr genügt. Sie haben sich genaue Studien über die Bebauungsweise unserer Dörfer und Städte anfertigen lassen, sie klassifiziert und festgestellt, daß ein altes Dorf natürlich nicht mit einer Großstadt zu vergleichen ist, in der die Hauptmasse der Werktätigen lebt. Deshalb haben sie der NATO allen Ernstes den „Vorschlag" gemacht, entweder eine ganze Stadt aufzukaufen oder neu zu bauen, um ihre Übungen noch realistischer machen zu können. Also, der Krieg gegen die Werktätigen wird generalstabsmäßig geplant.

Die Übungspläne in Hammelburg zeigen das klar. Da wird z. B. „die Annäherung an und das Eindringen in ein Gebäude" geübt, „der Kampf von Raum zu Raum und von Stockwerk zu Stockwerk, das Vorgehen auf Straßen und dabei Einsatz von Schützenpanzern" usw. usf. Dazu kommt die Ausbildung von Einzel- und Scharfschützen in Dörfern und Städten. Heute sind das alles noch Übungen ...

Aber in einem NATO-Land wird bereits heute auf diese Weise Krieg gegen die Werktätigen eines unterdrückten Landes geführt. In den nordirischen Städten kämpft die Armee der britischen Imperialisten mit eben diesen Methoden gegen den Befreiungskampf der nordirischen Bevölkerung.

Daß auch die westdeutschen Imperialisten bei diesen Übungen nicht die Vertreibung eines anderen imperialistischen Aggressors im Auge haben, zeigen unter anderem auch die Äußerungen eines gewissen Hans A. Kratz in der Zeitschrift „Kampftruppen" 4/76 „Zum Gefecht im bebauten Gelände".

Darin heißt es unter anderem: *„Aber selbst wenn es im Einzelfall gelingen sollte, die Bevölkerung zu evakuieren, kann man davon ausgehen, daß in den meisten Fällen umkämpftes bebautes Gebiet zum Teil bewohnt bleiben wird. Diese Bevölkerung wird mehr oder weniger ‚aktiv' sein. In welcher Richtung hängt davon ab, wie sie dem Angreifer oder Verteidiger gegenüber eingestellt ist. Sie kann unterstützen, aber gewisse Elemente könnten auch sabotieren. In jedem Fall behindert sie Feuer und Bewegung und belastet die Logistik (die Versorgung und den Nachschub — RM)."* Und weiter: *„... nicht zuletzt die Haltung der Bevölkerung schon im Frieden (birgt) erhebliche organisatorische, wenn nicht gar politische Probleme. ... kaum vorstellbar, was geschieht, wenn größere Geländeräume, wie eine Stadtregion oder gar ein Ballungsraum auch nur vorübergehend aufgegeben werden müssen."*

Genau wie hier USA-Soldaten der amerikanischen Besatzer den Kampf gegen demonstrierende und kämpfende Arbeiter proben, werden Soldaten der Bundeswehr im Kampf gegen streikende Arbeiter ausgebildet.

Nehmen wir als ein anderes Beispiel die Bewaffnung der Bundeswehr, z. B. den Schützenpanzer „Marder". Dieser Panzer ist relativ ungeeignet für den Kampf im „freien Feld". Stattdessen eignet er sich hervorragend für den Kampf gegen die Werktätigen. Er kann, wie die Zeitschrift „Truppenpraxis" schreibt, „stoßtruppartig in Gebäude eindringen, den Kampf in und um Häuser führen oder Ortsteile vom Gegner säubern". In den offiziellen Lehrplänen der Schule in Hammelburg wird der Einsatz des „Marder" in Verbindung mit Infanterieeinheiten als wünschenswert für den Ortskampf bezeichnet. Nicht umsonst hieß es in der oben zitierten Manöverlagebeschreibung, daß Schützenpanzer gegen die Demonstranten eingesetzt werden.

Aus den Manövern, der Ausbildung in Hammelburg, den Äußerungen der Offiziere, dem Einsatz des Schützenpanzers „Marder" usw. geht der Auftrag der Bundeswehr klar hervor. Sie soll nicht nur Krieg führen für die aggressiven und revanchistischen Ziele der westdeutschen und amerikanischen Imperialisten, sie ist zugleich eine Bürgerkriegsarmee der Imperialisten gegen die Werktätigen unseres Landes, wenn sie sich zum revolutionären Kampf gegen die kapitalistischen Ausbeuter und Kriegstreiber erheben.

Fortsetzung auf Seite 7

Chronologie des Bürgerkrieges

Seit Beginn ihres Bestehens übt die Bundeswehr den Bürgerkrieg gegen die Werktätigen. Im folgenden drucken wir eine Übersicht von Manövern aus den Jahren 1966 bis 1975 ab. Obwohl diese Übersicht nicht vollständig ist, zeigt sie doch klar, daß die Bundeswehr der Niederschlagung der Kämpfe der Werktätigen dient.

— **1966, geübt wird in Offiziersausbildungskursen:** Einsatz von Bundeswehreinheiten zusammen mit Bundesgrenzschutz und Polizei gegen Banden; der taktisch richtige Einsatz eines Panzergrenadierzuges mit Schützenpanzerwagen gegen Demonstranten, die ein Kreiswehrersatzamt besetzen; Maßnahmen gegen Demonstranten, die die Ausfahrt einer Kaserne belagern.

— **Fallex 1966: Zusammen mit einigen** Abgeordneten geht man im Regierungsbunker in der Eifel davon aus, daß Friedensdemonstrationen zum Generalstreik aufrufen und wehrkraftzersetzend wirken; daß die Polizei wilde Streiks, die in Wolfsburg ihren Anfang nehmen, nicht mehr unter Kontrolle hat. Anwesend auf Einladung des Verteidigungsministeriums: eine Delegation des Bundes Deutscher Industrieller (BDI).

— **Manöver 1967:** Lagebeschreibung: „Die Deutsche Mark verliert ständig an Kaufkraft, die Lebensmittelpreise steigen rapide. Die bis dahin friedlichen Demonstrationen für höhere Löhne und stabile Preise ... arten zu blutigen Straßenkämpfen aus. Der Verkehr bricht immer häufiger zusammen. Die Polizei ist überfordert.... Es werden Schützenpanzer gegen Demonstranten eingesetzt."

— **1968, Übung des Jagdbombengeschwaders 34 Memminger Berg:** Aufgabe ist die Sicherung der Kaserne gegen anrückende Demonstranten, mit denen die Feuerwehr nicht mehr fertig wird. Befehl: „Demonstranten, die über das Tor klettern, sind zu erschießen."

— **1969 „Schneesturm":** In Paderborn wird der Militäreinsatz gegen Demonstranten geprobt; zur gleichen Zeit üben Bundeswehreinheiten bei Hannover Streikzerschlagung und Stürmung einer Fabrik. In nur geringer Entfernung demonstrieren Hanomag-Arbeiter gegen die Stillegung ihres Betriebes.

— **WINTEX 1971:** Manöverannahme: Nach einem sowjetischen Angriff bricht in der Bevölkerung Unruhe aus; Einberufungsbefehle werden nicht befolgt; ausreisende Gastarbeiter blockieren die Bahnhöfe, wilde Streiks legen die Rüstungsindustrie lahm; auch in den Mannschaften der Bundeswehr breitet sich Unruhe aus; daraufhin werden Feldjäger gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt; es gibt die ersten Opfer. Ausgang der Übung: Nach Atomwaffeneinsatz durch NATO-Verbände sind vier Millionen Opfer unter der Zivilbevölkerung zu beklagen; die politische und militärische Führung hat das Land verlassen.

— **WINTEX 1973:** Regierungsstellen proben die „zivile Komponente" der militärischen Landesverteidigung: Objektschutz, Sabotageabwehr, Verkehrsregelung etc.; nachdem die Bundeswehr bei Unruhen im verbündeten Ausland eingegriffen hat, kommt es in der BRD zu Protesten, wilde Streiks legen die Rüstungsindustrie lahm, in den Streitkräften treten große Disziplinschwierigkeiten auf. Gleichzeitig wird in Norwegen ein NATO-Putsch geprobt für den Fall des NATO-Austritts Norwegens.

— **1973:** Alarmübung des Raketenbataillons 22 in Schwalmstadt; Ausgangslage: Arbeiter haben im süddeutschen Raum eine Räterepublik ausgerufen, in anderen Teilen des Landes brechen Unruhen aus. Übungsaufgaben:

1. Streikende Arbeiter der Kasseler Henschel-Werke sollen auseinandergetrieben werden,
2. Eine Demonstration vor der Gießener Kaserne soll aufgelöst werden,
3. Unruhe hat auf die Bundeswehr übergegriffen — Befriedung eines Unruheherdes.

— **September 1973:** Ausbildungskompanie 408 in Münster: Soldaten müssen die Kaserne gegen einbrechende Demonstranten sichern, die mit Flugzeugen angegriffen werden.

— **November 1973:** Kampfausbildung der Heeresfliegerwaffenschule Bückeburg. In der BRD ist es zu bewaffneten Aufständen gekommen; in Bückeburg wurde ein Munitionsdepot gesprengt; Aufgabe der Truppe: Säuberung des Geländes vom Feind, wobei Kontakt mit der Bevölkerung zu vermeiden ist, da sie der Bundeswehr negativ gegenübersteht; jedes Fahrzeug und jede Person gilt als Feind.

— **1973:** Probealarm in der Kaserne Aurich: Lage: VW-Werke werden bestreikt, Werkschutz kann das Werk nicht mehr „schützen"; die Sicherung übernimmt die Fernmeldekompanie.

— **Übung vom 2. - 13. 9. 1974:** Nach Kriegsausbruch im Nahen Osten ist die Grenze von Blauland bedroht; unter der Bevölkerung bricht Unruhe aus, wilde Streiks erfassen das Land. Die Heimatschutztruppe bekämpft den Feind im Hinterland.

— **WINTEX 1975:** Nach einem Angriff des Warschauer Pakts brechen in der BRD Unruhen und wilde Streiks aus, die Bevölkerung verweigert der Truppe jede Unterstützung: Bundeswehreinheiten haben besetzte Betriebe zu räumen.

— **Oktober 1975:** „Große Rochade": Heimatschutztruppen proben den Einsatz gegen Störtrupps und Saboteure.

Juso-Bundeskongreß

Radikale Phrasen - reaktionäre Politik

Die CDU sah „linkssozialistische Kräfte" am Werk. Der SPD-Vorstand drohte mit Parteiausschlüssen: Beim Bundeskongreß der Jusos hatte sich die sogenannte „Stamokap"-Fraktion durchgesetzt. Ihr Sprecher Benneter war zum Juso-Vorsitzenden gewählt worden. Tatsächlich ein „Linksrutsch" bei der SPD-Jugend? Davon kann keine Rede sein.

Der „Stamokap"-Flügel grenzte sich zwar scheinbar links vom bisherigen Juso-Vorstand ab und legte sogar einen eigenen Rechenschaftsbericht auf dem Kongreß vor. Aber was sind seine Alternativen zu der reaktionären SPD-Politik, wie sie der alte Vorstand betrieb?

Zunächst einmal: „Stamokap" — das ist die Abkürzung von „staatsmonopolistischer Kapitalismus". Sie nennen sich so, weil sie vorgeben, die marxistisch-leninistische Analyse des staatsmonopolistischen Kapitalismus ihrer Politik zugrunde zu legen. Tatsächlich aber hat ihre Theorie mit dem Marxismus-Leninismus nicht das geringste zu tun, sie stellt vielmehr die kapitalistische Wirklichkeit geradezu auf den Kopf. Sie besagt nämlich folgendes: Die Monopole haben einen großen Einfluß auf den Staat und seine Organe; das ist schlecht, behindert den gesellschaftlichen Fortschritt usw.; also muß sich der Staat die Monopole unterordnen. Wie? Ganz einfach: „Verstaatlichung der Schlüssel-Industrien", „Investitionskontrolle", „demokratische Wirtschaftsplanung unter entscheidendem Einfluß der Gewerkschaften", das sind die Parolen der Stamokap-Jusos in ihrem angeblichen Kampf gegen die Monopole.

Diese Losungen machen jedoch deutlich, worum es den Stamokaps in Wirklichkeit geht. Sie propagieren den bürgerlichen Staat als über den Klassen stehenden Retter aus der Krise. Sie propagieren den imperialistischen Gewerkschaftsapparat als demokratischen Kontrolleur im Interesse der Arbeiterklasse. Sie propagieren schließlich SPD und D„K"P als Parteien der Arbeiterklasse.

Was ist das anderes als Propaganda für den staatsmonopolistischen Kapitalismus? Denn der kapitalistische Staat ist nichts anderes als ein Instrument der herrschenden Klasse, der Bourgeoisie, zur Unterdrückung der Arbeiterklasse. Wenn bestimmte Betriebe oder Wirtschaftsfunktionen in die Hände dieses Staats übergehen, dann ist das nicht eine Unterordnung der Monopole unter den Staat, sondern umgekehrt ordnen sich die Monopole den Staat noch unmittelbarer unter, um ihre Maximalprofite zu sichern und ihre Herrschaft über die Arbeiterklasse zu festigen. Genau dem dient aber auch die Politik der Stamokap-Jusos. Denn mit ihren reaktionären Theorien wollen sie verhindern, daß sich in den Kämpfen der Arbeiterklasse und der Jugend die Erkenntnis durchsetzt, daß der bürgerliche Staat angegriffen und schließlich in der sozialistischen Revolution zerschlagen werden muß, daß an seiner Stelle ein völlig neuer, der Staat der Diktatur des Proletariats, errichtet werden muß.

Die reaktionäre Stamokap-Theorie ist nicht auf dem Mist der Westberliner oder Hamburger Jusos gewachsen, sie stammt vielmehr direkt aus der Giftküche des modernen Revisionismus. Daß sich ihre Anhänger jetzt beim Juso-Kongreß durchgesetzt haben, ist ein Zeichen für den verstärkten Einfluß des modernen Revisionismus in der Juso-Organisation. Wachsende Widersprüche zwischen Jusos und SPD sind die logische Folge. An der Frage der Zusammenarbeit mit den Revisionisten der D„K"P entzündete sich der Streit zwischen dem neuen Juso-Vorstand und der SPD. Bundesgeschäftsführer Bahr drohte mit Parteiausschlüssen, falls der neue Juso-Vorstand die angekündigte Teilnahme an der vom D„K"P-„Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" organisierten Demonstration wahrmachen würde.

Auf der anderen Seite braucht die SPD die Jusos und muß ihnen einen gewissen Spielraum der radikalen Phrase gewähren. Denn die berüchtigte Doppelstrategie der Jusos besteht ja gerade darin, daß sie auf der einen Seite „Basisarbeit" machen, d. h. in Bewegungen im Betrieb, Stadtteil, in Bürgerinitiativen usw. eindringen und dort als radikale Vertreter der Basis auftreten (oft gemeinsam mit den modernen Revisionisten). Daß sie auf der anderen Seite diese Bewegungen auf die Wahl der SPD als kleineres Übel, auf das Zusammengehen mit dem reaktionären DGB-Apparat orientieren und jede revolutionäre Ausrichtung des Kampfes sabotieren. Nichts kennzeichnet den Inhalt dieser Politik besser als die von den Jusos selbst propagierte Parole: „Jusos machen SPD wählbar."

Die Widersprüche zwischen den Stamokaps und der SPD-Führung spiegeln die Schwierigkeiten wider, die die Bourgeoisie damit hat, die Arbeiterklasse unter ihren ideologischen Einfluß zu bringen. Denn die SPD ist als Regierungspartei des Monopolkapitals zu deutlich mit dem System des Kapitalismus verbunden, um noch einen solchen Einfluß ausüben zu können. Andererseits stößt auch die revisionistische Propaganda auf die berechtigte Ablehnung der Massen, wenn sie den Sozialfaschismus vom Typ DDR als Ausweg aus dem Kapitalismus anpreist.

Aber auch innerhalb der Stamokap-Fraktion gibt es keine Einheit in dieser Frage. Ein Teil der Fraktion tritt wie die D„K"P für eine bedingungslose Verteidigung des Sozialimperialismus und Sozialfaschismus ein. Ein anderer Teil — zu dem wohl auch Benneter gehört — vertritt die Positionen des Euro-Revisionismus. Diese Leute kritisieren die revisionistischen Parteien Osteuropas demagogisch als „stalinistisch", sie heben Figuren wie den Antikommunisten Biermann auf den Schild, der auch beim Juso-Kongreß seine Schau abziehen konnte.

Wenn sie von „Volksfront", vom „Aktionsbündnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten" sprechen, so meinen sie damit genau die konterrevolutionäre Allianz zwischen Sozialdemokratie und Revisionismus, wie sie in Frankreich oder Italien weitgehend verwirklicht ist und als Unterdrückerin der Massenkämpfe auftritt.

Diese Allianz, welches auch ihre besonderen Formen sein mögen, steht den Interessen der Arbeiterklasse unversöhnlich gegenüber und muß deshalb entschlossen bekämpft werden.

Namen, die für viele stehen

Vor zwanzig Jahren wurde in Koblenz die „Schule für Innere Führung" gegründet. „Innere Führung", das bedeutete angeblich, daß die Bundeswehr vollständig mit den Traditionen und dem Geist der Armeen Hitlers gebrochen habe. In seiner Rede zum zwanzigjährigen Bestehen der Schule für „Innere Führung" lobte Kriegsminister Leber unter anderem die Generäle de Maizière und Kielmannsegg als Vorbilder des „neuen demokratischen" Geistes, der heute die Bundeswehr angeblich charakterisiert. Wie es damit in Wirklichkeit aussieht, beweisen die Lebensläufe dieser beiden Herren, die für viele der Offiziere der Bundeswehr stehen.

Ulrich de Maizière war Generalstabsoffizier der Hitlerwehrmacht. Er beteiligte sich am Überfall auf die Sowjetunion. 1943 leitete er gemeinsam mit anderen einen Großeinsatz gegen die Partisanen im Raum Orjol. Über diesen Einsatz berichtet ein Augenzeuge: „Die genannten Einheiten gingen mit äußerster Brutalität gegen die Partisanengebiete vor, umstellten Dörfer und Waldgebiete, vertrieben die Einwohner, machten die Orte dem Erdboden gleich." 1945 wurde dieser Kriegsverbrecher als Generalstabsoffizier in den „Führerbunker" gerufen. Hier war er einer derjenigen, die Hitlers verbrecherische Strategie des „totalen Krieges", die Millionen Werktätige noch in den letzten Monaten des Krieges das Leben kostete, in die Tat umsetzen half. Dieser Mann wurde später Generalinspekteur der Bundeswehr.

Graf von Kielmannsegg war ebenfalls Generalstabsoffizier der Hitlerwehrmacht. 1941 verfaßte er das Buch „Panzer zwischen Warschau und Atlantik". Darin heißt es u. a.: „ ... im Herzen nur den einen Gedanken, daß dieser Kampf der letzte und entscheidende sein müsse, daß das deutsche Schwert gezogen wurde, um Frankreich den Todesstoß zu versetzen." Kielmannsegg war Spezialist für den Kampf gegen die Partisanen, Spezialist für den brutalsten Terror gegen die Zivilbevölkerung. In von ihm unterzeichneten Lagemeldungen heißt es z. B.: „Stand 3. 4. 44, 12 Uhr. Frankreich ... 80 Einwohner erschossen, 20 festgenommen ... mehrere Lager und Häuser zerstört, 24 Terroristen erschossen, 107 festgenommen." Im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß sagte der SS-General Rode als Zeuge aus, daß es seine Aufgabe war, „dem jeweiligen höheren SS- und Polizeiführer in der Bandenbekämpfung die erforderlichen Kräfte zuzuführen und die Unterstützung durch Kräfte des Heeres sicherzustellen. Dies geschah in unmittelbaren Besprechungen mit ... Oberst Graf Kielmannsegg .... ". Kielmannsegg stieg später bis zum Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte Europa-Mitte auf.

Kommunalwahlen in Hessen

Die Kommunalwahlen in Hessen endeten für die SPD mit einem Fiasko. In fünf von sechs Großstädten und in 13 von 20 Landkreisen verlor sie ihre Mehrheiten. Worauf sind diese großen Stimmenverluste zurückzuführen? Darauf, daß die Werktätigen in der CDU eine „echte Alternative" sahen, wie CDU-Politiker stolz erklären? Sicher, es mag einzelne geben, die der Demagogie der CDU auf den Leim gegangen sind; es wird eine ganze Reihe von Werktätigen geben, die, um der SPD einen Denkzettel zu verpassen, CDU gewählt haben. Aber das allein erklärt das Wahlergebnis nicht. Vielmehr ist es so, daß Zigtausende, die in den letzten Jahren SPD gewählt haben, bei den diesjährigen Kommunalwahlen weder SPD noch CDU wählten, sondern überhaupt nicht zur Wahl gingen.

Das drückt sich einmal darin aus, daß die Wahlbeteiligung insgesamt um rund 2% niedriger war als bei den letzten Kommunalwahlen. Besonders hoch war der Anteil der Nichtwähler in den Städten, in denen die SPD die größten Stimmenverluste erlitt. So war es etwa in Frankfurt ein Drittel der Wähler, das die Wahl boykottierte, während in Kassel, wo die SPD weniger Stimmen verlor, der Anteil der Nichtwähler wesentliche niedriger war.

Diese Zahlen zeigen, daß ein beträchtlicher Teil der Werktätigen in Hessen aus den Erfahrungen von immer neuen Wahlversprechen, immer neuem Betrug am Wähler und einer immer gleichbleibenden Politik der bürgerlichen Parteien gegen die Werktätigen die einzig richtige Konsequenz gezogen hat: den bürgerlichen Wahlrummel zu boykottieren.

Tatsächlich können Wahlen keinen Ausweg für die Werktätigen bringen, kann die CDU niemals eine „Alternative" zur SPD sein. Denn sowohl die Politik, die in Bonn betrieben wird, — die Angriffe auf die Renten, auf die Gesundheitsversorgung, die Abhörmaßnahmen des Verfassungsschutzes usw. als auch die Korruptionsskandale, in die die SPD in Hessen verwickelt ist, sind keine Eigenarten „sozialdemokratischer Politik", sie sind das Ergebnis der Tatsache, daß die SPD eine bürgerliche Partei ist, eine Partei des Monopolkapitals, die in seinem Interesse die Werktätigen unterdrückt und ausplündert. Nichts anderes als eine Partei des Kapitals ist aber auch die CDU. Ein Wechsel von SPD zu CDU kann deshalb nichts anderes sein als ein Pferdewechsel, bei dem die Zügel in der Hand der Kapitalisten bleiben, bei dem sich für die Werktätigen nichts zum Besseren wenden kann. Für sie kann sich nur etwas ändern, wenn sie sich nicht vom parlamentarischen Schwindel blenden lassen, wenn sie stattdessen den Klassenkampf gegen den Kapitalismus verstärken und auf den Sturz dieses kapitalistischen Systems orientieren.

Die Führung in diesem Kampf kann nur eine Partei innehaben, die diesen Kampf für die sozialistische Revolution auf ihre Fahnen geschrieben hat. Eine Partei wie die D„K"P dagegen, die sich den Werktätigen als „weißer Riese" im Parlament anpreist und verspricht, mit der D„K"P im Parlament oder im Stadtrat würde sich alles ändern, betrügt die Werktätigen. Die Tatsache, daß die D„K"P bei diesen Wahlen einige neue Sitze in Gemeinderäten erringen konnte, ist deshalb keineswegs ein „Erfolg des Fortschritts", wie die D„K"P behauptet. Erfreulich ist vielmehr die Tatsache, daß die D„K"P in einer Industriestadt wie Rüsselsheim fast ein Viertel weniger Stimmen bekam als bei den Kommunalwahlen 1972, daß sie auch in Städten wie Wiesbaden, Kassel und Offenbach Wählerstimmen verlor. Denn Stimmen für die D„K"P sind keine Stimmen für den Sozialismus.

Es sind Stimmen für eine bürgerliche Partei, die den Sozialismus nur aus dem einen Grund im Munde führt, um den Kapitalismus vor der proletarischen Revolution zu retten, dem einzigen Weg, auf dem die Werktätigen sich wirkliche Freiheit und Demokratie unter der Diktatur des Proletariats erkämpfen können.

Bundeswehr - Bürgerkriegsarmee gegen die Werktätigen

Fortsetzung von Seite 6

Nieder mit der Bundeswehr!

Die Bundeswehr ist die Hauptstütze der westdeutschen Imperialisten zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft. Die Tatsachen bestätigen völlig, daß auch heute die Worte Lenins gelten: ***„Der moderne Militarismus ist ein Resultat des Kapitalismus. In seinen beiden Formen bildet er eine ‚Lebenserscheinung' des Kapitalismus: als Militärmacht, die die kapitalistischen Staaten bei ihren äußeren Zusammenstößen einsetzen (Militarismus nach außen, wie es die Deutschen nennen) und als Waffe in den Händen der herrschenden Klassen zur Niederhaltung aller ökonomischen und politischen Bewegungen des Proletariats (Militarismus nach innen).***" (Werke, Bd. 15, Seite 187)

Es wäre eine gefährliche Illusion zu glauben, die Imperialisten würden die Bundeswehr freiwillig aus den Händen geben oder daß sie gezwungen werden könnten, die Bundeswehr im Sinne des Volkes einzusetzen. Die modernen Revisionisten der D„K"P, die so etwas behaupten und gleichzeitig den Werktätigen den Pazifismus predigen, sind Betrüger. Sie berufen sich auf Lenin, aber Lenin sagte: ***„Das erste Gebot jeder siegreichen Revolution — Marx und Engels haben das wiederholt betont — war: die alte Armee zu zerschlagen, sie aufzulösen, sie durch eine neue zu ersetzen. Eine neue, zur Herrschaft aufsteigende Gesellschaftsklasse hat nie diese Herrschaft erlangen und festigen können, und sie kann es auch jetzt nicht tun, ohne das alte Heer völlig zersetzt zu haben..., ohne im harten Bürgerkrieg allmählich die neue Armee, die neue Disziplin, die neue Militärorganisation der neuen Klassen zu schaffen.***" Die Tatsachen und die Worte Lenins zeigen auch, daß diejenigen, die die Bundeswehr zu einem Verbündeten des Proletariats machen wollen, ihre Verstärkung und bessere Bewaffnung fordern, wie es die Opportunisten tun, den Boden des Marxismus-Leninismus vollständig verlassen haben und Verrat an den grundlegenden Interessen des Proletariats üben.

Die Imperialisten wissen selbst ganz genau, daß sie die einfachen Soldaten niemals für ihre Ziele begeistern werden können, daß sie weder bereit sind, als Kanonenfutter für sie in den Krieg zu ziehen, noch ihre Gewehre gegen ihre Väter und Mütter, Brüder, Nachbarn und Arbeitskollegen zu richten. Der Drill und die Schikanen, denen die jungen Soldaten vom ersten Tag an in der Bundeswehr ausgesetzt sind, beweisen nicht nur die Menschenverachtung der Offiziere. Sie dienen in erster Linie dazu, die Soldaten zu brechen, sie zum Kadavergehorsam zu erziehen, ihnen einzubläuen, daß sie in dieser Armee nichts zu sagen haben, sondern nur eines zu tun: „Schnauze zu halten" und die Befehle von oben auszuführen.

Die Bundeswehr ist der Feind der Werktätigen unseres Landes, der Feind der einfachen Soldaten. Sie muß entschieden bekämpft werden. Im Kampf gegen die Bundeswehr folgt unsere Partei der Linie Lenins, alles zu tun, um dieses Instrument der Herrschaft der Kapitalisten zu zersetzen, alles zu tun, damit die einfachen Soldaten für die Sache der proletarischen Revolution gewonnen werden, damit sie, wenn die Zeit dafür reif ist, die Gewehre, deren Handhabung sie in der Bundeswehr gelernt haben, nicht auf ihre Klassenbrüder, sondern auf ihre imperialistischen Ausbeuter und Unterdrücker richten.

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

NRW-Regierung plant 13 KKW-Standorte

Liebe Genossen!

Im Entwurf für den Landesentwicklungsplan VI der Landesregierung NRW sind insgesamt 27 Standorte für neue Kraftwerke vorgesehen, davon 13 ausdrücklich als für KKWs geeignet! Das heißt nicht, daß dort überall KKWs oder andere Kraftwerke gebaut werden, aber überall dort wird der Platz dafür freigehalten und können sie auch gebaut werden.

Für unsere Gegend heißt das, daß eine regelrechte Massierung von Kraftwerken vorgesehen ist, weil die Lippe als sehr praktisch für die Kühlung der Kraftwerke gilt. Bekanntlich steht in Hamm-Uentrop bereits ein großes Kohlekraftwerk, und ein riesiges Kernkraftwerk ist schon im Bau. Dies KKW soll nach dem neuen, besonders unerprobten Leichtwasserreaktorprinzip arbeiten; das Bauprojekt hier gilt allgemein als „Schrittmacher" für andere, das heißt, wir hier in der Gegend sind Versuchskaninchen für die Monopole in ganz Europa. Im Entwurf für den Landesentwicklungsplan VI ist jetzt ein Kraftwerksstandort nur 12 Kilometer flußaufwärts vorgesehen, und zwar in Herzfeld-Hovestadt, mitten in einem großen Naherholungsgebiet für die ganze Umgebung! Rund 30 Hektar Wald müßten dafür vernichtet werden. Es heißt zwar, es sei nicht gesagt, daß dies ein KKW sein müsse, aber es fehlt völlig der notwendige tiefgängige Wasserweg für den Antransport von Kohle und andere Voraussetzungen, so daß klar ist, daß nur ein KKW dort gebaut werden kann.

Und nur 15 Kilometer weiter östlich, in Lippstadt-Ost ist schon wieder ein KKW-Standort eingetragen, direkt vor den Toren von Lippstadt! Und das ist noch nicht alles; denn nur ca. 20 Kilometer nordwestlich vom Riesenenergiezentrum Hamm-Uentrop ist bei Drensteinfurt der nächste Kraftwerksstandort! Die ganze Gegend ist ausgesprochen bäuerlich, und die Bauern fürchten mit Recht um ihre Existenz, denn Atomenergie in den Händen der Kapitalisten kann nur Tod und Verderben für alle Werktätigen bedeuten. Die Unruhe in der ganzen Gegend ist groß; so groß, daß sich die Gemeinde- und Stadträte schon allesamt ablehnend gegenüber dem Landesentwicklungsplan äußern mußten: Natürlich sei man nicht grundsätzlich gegen Kernenergie, aber nicht gerade in der eigenen Gemeinde. Alle haben sie Angst vor dem militanten Kampf des Volkes gegen die Zerstörung der Umwelt, und jeder will den schwarzen Peter an den anderen weiterschieben. Jeder will beweisen, daß gerade seine Gemeinde doch ausgesprochen ungeeignet als KKW-Standort sei, andere dagegen sehr geeignet. Demgegenüber muß im Kampf die richtige Parole durchgesetzt werden: Kein Atomkraftwerk an der Lippe und anderswo!

Heute stand in der Zeitung, daß die Landesregierung ihren Landesentwicklungsplan VI noch nicht zum Jahresende verabschieden, sondern erst noch ein paar Monate länger warten will. Damit wollen sie die Tatsache ausnutzen, daß ein Teil der Bevölkerung sich nach der Ablehnung durch die Gemeindeparlamente denkt, es könne nichts mehr passieren und sich etwas beruhigt.

Für alle Genossen, die in Bürgerinitiativen gegen KKWs arbeiten, gilt es, den Inhalt des hervorragenden Artikels über die Taktik aus dem „Roten Morgen" umzusetzen, in die Bürgerinitiativen hineinzutragen und die fortschrittlichen Elemente besser zusammenzuschließen, wobei entscheidend nicht diese oder jene Frage ist, in der man unterschiedlicher Meinung sein mag, sondern die grundlegende Frage, ob diese Menschen wirklich konsequent gegen die KKWs kämpfen wollen. Dabei muß man ihnen im Kampf immer mehr das Wesen des Staatsapparates klarmachen, daß und wie man dagegen kämpfen muß, um sie auf den Sturz des ganzen kapitalistischen Ausbeutersystems zu orientieren.

Rot Front!
Ortsgruppe Lippstadt

Reinfall beim Wahlkampf-Spektakel

Ich wohne in Hainburg, einem kleinen Städtchen mit ca. 8.000 Einwohnern. Daß auch schon auf dem Dorf der Wahlkampf von den bürgerlichen Parteien nach der amerikanischen „Waschmittelreklame-Methode" geführt wird, zeigt folgende Begebenheit:

Ich sitze im Wohnzimmer. Plötzlich ertönt auf der Straße ein ohrenbetäubender Lärm: Autohupen, Motoren heulen auf, ein Riesenspektakel. Ich gehe zum Fenster und traue meinen Augen nicht. Vorbei fährt eine Autokolonne, eskortiert von zwei Polizisten auf Motorrädern. Nanu, denke ich, ein Staatsempfang in Hainburg, welch große Ehre! Aber nichts dergleichen. Auf dem Autodach steht Herbert Wemelka, seines Zeichens CDU-Bürgermeisterkandidat für Hainburg, und schmeißt Bonbons unter die Leute. Ich weiß nicht genau: Vielleicht wollte Herr Wemelka damit die Faschingskampagne fortsetzen (sein Sohn war ja schließlich Faschingsprinz!), vielleicht glaubte er, der jahrelang bei den Amis arbeitete und dort bestimmt viel „gelernt" hat, auf diese Art und Weise den Hainburger Bürgern „näher"zukommen? Jedenfalls hielten die Hainburger nichts von dieser Art von „Bürgernähe": Herr Wemelka erhielt gleich mehrere Anzeigen wegen mittäglicher Ruhestörung. Noch heute lacht das ganze Dorf über ihn.

Rot Front,
ein Sympathisant aus Offenbach

Nach Krankenhausentlassung gestorben

Vor kurzem spielte sich auf einer Krankenstation folgendes ab:

Mit insgesamt vier Herzinfarkten wurde eine alleinstehende 67jährige Rentnerin eingeliefert. Sie war auch an einem Bein amputiert und allein kaum lebensfähig. Wegen des Drucks der Krankenhausleitung wurde sie nach viel zu kurzer Zeit wieder entlassen. Denn die Herren wollen einen möglichst schnellen „Durchlauf" haben, um einen um so größeren Reibach zu machen.

Auf das Erstaunen des Pflegepersonals antworteten die Ärzte: „Sie kann auch bei uns jederzeit tot im Bett liegen, denn sie hat sämtliche Risikofaktoren. Ob nun bei uns oder bei sich zu Hause, ist egal!"

Die Patientin war erschüttert. Gegenüber den Schwestern brachte sie das so zum Ausdruck, daß sie stammelte, zu Hause wären noch nicht einmal Gardinen vor dem Fenster, weil sie noch in der Reinigung wären.

Am Tag ihrer Entlassung starb sie allein zu Hause.

Veranstaltungen

Freiburg: Kulturabend mit Dias vom Kampf in Wyhl. Donnerstag, 7. April, 20 Uhr, Gaststätte Baseler Hof, Baseler Straße.

Stuttgart: Veranstaltung der ROTEN GARDE — Ausbildung im Kapitalismus. Samstag, 2. April, 15 Uhr, Jugendhaus Ost, Gerokstraße.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

NAME ....
WOHNORT ....
STRASSE ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghoferstr. 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**

Bürgerlich-kapitalistische oder sozialistische Länder - ein Mitteldings gibt es nicht

Der Marxismus-Leninismus lehrt, daß die Länder in der heutigen Epoche nach den in ihnen herrschenden Gesellschaftssystemen in bürgerlich-kapitalistische Länder und sozialistische Länder eingeteilt werden. Heute stehen sich gegenüber das Proletariat, alle Kräfte der Revolution und des Sozialismus und die Bourgeoisie, alle Kräfte der Konterrevolution, mit dem USA-Imperialismus und dem sowjetischen Sozialimperialismus an der Spitze. Das richtige klassenmäßige materialistische Verständnis der heutigen gesellschaftlichen Realität schließt jede andere Perspektive der Entwicklung und des Fortschritts als die Revolution und die antiimperialistische Befreiungsbewegung aus.

Der Weltimperialismus, besonders der USA-Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus, können nicht auskommen, ohne das eigene Volk und andere Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas auszubeuten und zu unterdrücken. Es ist wahr, daß heute das Kolonialsystem des Imperialismus schwere Schläge erlitten hat und sich in Auflösung befindet. Doch das macht die imperialistische Gefahr, die den Völkern droht, nicht geringer, das streicht keineswegs ihren nationalen Befreiungskampf von der Tagesordnung.

Wie in allen Fragen, haben aber auch hier die modernen Revisionisten, mit den sowjetischen an der Spitze, die Lehren des Marxismus-Leninismus entstellt und predigen eine Reihe reaktionärer Theorien. In der Reihe der Theorien, die im Gegensatz zu den Lehren des Marxismus-Leninismus über die gegenwärtigen revolutionären Bewegungen stehen, nimmt die Theorie von dem sogenannten „nichtkapitalistischen Entwicklungsweg" der Länder, die gerade ihre nationale Unabhängigkeit errungen haben, einen bedeutenden Platz in der heutigen revisionistischen Literatur ein.

Dieser Weg wird als ein „mittlerer Zustand" dargestellt, dessen grundlegende Besonderheit im angeblichen Übergang zum Sozialismus ohne die sozialistische Revolution liege. Dieser Theorie zufolge ist der Staat, der der „nichtkapitalistischen Entwicklung" entspricht, der nationaldemokratische Staat, dem wirtschaftlich der staatliche Wirtschaftssektor zugrundeliege, während seine Klassenbasis die nationale Bourgeoisie und Kleinbourgeoisie und andere Klassen der Gesellschaft seien. Dieser Staat unter der Führung nichtproletarischer, fortschrittlicher oder demokratischer Parteien sei angeblich fähig, nicht nur Umgestaltungen von antiimperialistischem und antifeudalem Charakter durchzuführen, sondern auch antikapitalistische Umgestaltungen, d. h. den Sozialismus aufzubauen. Wie die Zeit erwiesen hat, begannen die Chruschtschow-Revisionisten damit, daß sie die Natur der nationalen Bourgeoisie antimarxistisch auslegten, indem sie nur ihre eine Seite sahen und ihre reaktionäre Seite, die sich in der Innen- wie in der Außenpolitik zeigt, vollkommen außer acht ließen, und gelangten dann zu der absurden Ansicht, daß auch einige Länder, in denen die neue nationale Bourgeoisie an der Macht sei, dem Sozialismus entgegenschritten.

Die Theorien von dem sogenannten „mittleren Zustand" der „nichtkapitalistischen Entwicklung" sind Teil der ideologischen Diversion und des neokolonialistischen Expansionskurses der Sozialimperialisten. Diese Theorien hat sich die sowjetische neue Bourgeoisie in Übereinstimmung mit der internationalen Reaktion extra ausgedacht, um die werktätigen Massen der Länder zu versklaven, die gerade ihre nationale Unabhängigkeit errungen haben. Mit diesen Theorien wollen die sowjetischen Sozialimperialisten einige Ziele erreichen, und zwar als ersten Schritt zur Verwirklichung ihrer Expansionspolitik. Sie wollen das Proletariat dieser Länder in die Irre führen, es und die gesamten werktätigen Massen angesichts des bürgerlichen Beamten- und Militärapparats, angesichts der Drohungen und der von der Bourgeoisie organisierten Anschläge, angesichts der konterrevolutionären Wendungen und Staatsstreiche, die in diesen Ländern eine übliche Erscheinung sind, unorganisiert und ungerüstet zu lassen. Mit einem Wort, sie möchten günstige Bedingungen für die Errichtung ihrer neokolonialistischen Herrschaft in diesen Ländern in Rivalität mit dem USA-Imperialismus schaffen.

Auf dem 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens sagte Genosse Enver Hoxha: ***„Die Theorien über den sogenannten mittleren Zustand, die nichtkapitalistische Entwicklung, die von den Chruschtschow-Revisionisten mit so viel Elfer propagiert werden, haben das Ziel, die in mehreren Ländern bestehenden aufrichtigen sozialistischen Bestrebungen zu sabotieren, ideologische Verwirrung zu stiften und den Kampf der fortschrittlichen Kräfte zu unterhöhlen."***

Das Leben und die Praxis der heutigen Entwicklung haben den großen Schaden und die Gefährlichkeit des reformistischen „friedlichen Weges" unter Führung durch nichtproletarische Parteien beim Übergang zum Sozialismus erwiesen. Die historische Erfahrung zeigt, daß die herrschenden Klassen niemals freiwillig, ohne Widerstand von der historischen Bühne abgetreten sind. In vielen ehemaligen Kolonialländern hat sich ein Teil der Bourgeoisie, besonders die Großbourgeoisie, die mit der Proklamation der nationalen Unabhängigkeit bis zu einem gewissen Grad neue Ressourcen zur Kapitalakkumulation erhielt und ihre herrschenden Positionen verstärkte, in Abhängigkeit von der Zuspitzung der gesellschaftlichen Widersprüche im Land und des Klassenkampfes im internationalen Maßstab immer mehr an den USA-Imperialismus angelehnt und verfolgt eine offene volksfeindliche, antikommunistische und konterrevolutionäre Politik in Kollaboration mit den ausländischen Unterdrückern. Sie realisiert ihre Herrschaft durch ultrareaktionäre Militärjunten faschistischen Typs, wie es in vielen Ländern Lateinamerikas, in Brasilien, Chile, Bolivien und Ecuador der Fall ist, oder durch das Bündnis mit den Großgrundbesitzern, wie in Indien, Indonesien, Thailand usw.

Aktuelles Nachrichtenbulletin in deutscher Sprache



- Über den sozialistischen Aufbau in Albanien
- Standpunkt der Partei der Arbeit Albaniens zu internationalen Fragen
- Über die revolutionären Kämpfe in der ganzen Welt

Erscheint 14-tägig; 48 Seiten; Einzelheft 1,– DM, für 1 Jahr 26,– DM, für 1/2 Jahr 13,– DM.
Fordern Sie Probeexemplare an!
Bestellungen an: Rotfront-Verlag, Postfach 3746, 2300 Kiel 1

Die mittlere Bourgeoisie wiederum protestiert im Bündnis mit der Kleinbourgeoisie gegen die ausländische imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung, sie spricht sich für fortschrittliche, antiimperialistische Maßnahmen aus, aber ausgehend von ihren eigenen Klasseninteressen der kapitalistischen Ausbeutung der werktätigen Massen sieht sie revolutionäre Kampfaktionen mit Vorbehalt. Sie versucht, sie unter Kontrolle zu halten, zu begrenzen und zu unterdrücken, denn sie fürchtet sich vor dem Erwachen des Klassenbewußtseins der Massen, vor ihren selbständigen und radikalen Forderungen, die im Gegensatz zu den bürgerlichen Interessen stehen.

Vor langem schon hat Lenin unterstrichen, daß die Bourgeoisie der unterdrückten Länder zwar die nationalen Bewegungen unterstützt, aber gleichzeitig im Einvernehmen mit der imperialistischen Bourgeoisie, d. h. zusammen mit ihr, alle revolutionären Bewegungen und revolutionären Klassen bekämpft. Mit ihrem Machtantritt läßt sie solange gewisse Freiheiten zu, solange die Positionen ihrer Klassenherrschaft nicht angetastet werden, solange nicht der Hauptteil ihrer Staatsmaschinerie die politische und wirtschaftliche Macht und die Streitkräfte angetastet werden. Nach der Proklamation der nationalen Unabhängigkeit sind all ihre Bemühungen darauf gerichtet, die kapitalistische Ordnung zu festigen und zu verteidigen. So ist der von ihr geschaffene staatliche Wirtschaftssektor nichts anderes als eine Form des Staatskapitalismus, der dem Wirken aller Gesetze der kapitalistischen Produktions- und Verteilungsweise der materiellen Güter unterworfen ist. Er hat nichts gemeinsam mit dem Sozialismus. In diesen Ländern existieren — unabhängig von ihrer Benennung „nationaldemokratische Staaten" oder „Länder sozialistischer Orientierung" — antagonistische Klassen, es existiert die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Über das Proletariat und die Werktätigen dieser Länder herrscht in der einen oder anderen Form die Bourgeoisie.

Darüber hinaus ist die nationale Bourgeoisie, wie die Erfahrungen der internationalen Befreiungsbewegung gezeigt haben, in der Etappe des Imperialismus aufgrund ihrer doppelten und widersprüchlichen Natur und ausgehend von ihrem Klassenstandpunkt als Ausbeuterklasse nicht in der Lage, den Befreiungskampf, die demokratische und antifeudale Revolution zu Ende zu führen, also vollständig die Aufgaben nationalen und demokratischen Charakters zu lösen, die vor diesen Ländern stehen.

In vielen Ländern haben die von der Bourgeoisie durchgeführten Maßnahmen oder Reformen nicht zu wesentlichen Änderungen des aus der Vergangenheit ererbten Wirtschaftssystems und staatlichen Überbaus geführt und können es auch nicht. Die halbherzigen Maßnahmen haben auch nicht zur Veränderung der realen Lage des Großteils dieser Länder geführt, die, wie Genosse Enver Hoxha auf dem 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens sagte, ***„auf diese oder jene Weise politisch, ideologisch und ökonomisch sowohl an die Supermächte als auch an die einstigen Kolonialmetropolen gebunden und von ihnen abhängig sind"***. Die Ereignisse in Indonesien und Chile bewiesen, daß die innere Reaktion, das nationale Kapital, die Imperialisten und Sozialimperialisten sich nicht mit demokratischen Teiländerungen, um so weniger mit dem „friedlichen Übergang zum Sozialismus" abfinden, wie es die modernen Revisionisten predigen.

Deswegen sind die Liquidierung der alten Klassen, die mit dem Imperialismus verbunden sind, der alten Verwaltung, die Schaffung der Volksstreitkräfte, die Einbeziehung der breiten Massen in den revolutionären Kampf, das Unwirksammachen der Schwankungen der nationalen Bourgeoisie, der Kampf gegen ihre reaktionären Tendenzen dringende politische Aufgaben, um die Unabhängigkeit zu gewährleisten, zu festigen und zu verteidigen und tiefgehende Umgestaltungen durchzuführen und die nationaldemokratische Revolution zu Ende zu führen.

In diesem Rahmen ist der entscheidende Faktor, damit der Kampf entschlossen, kontinuierlich und verstärkt bis zuletzt geführt wird, die Führung durch das Proletariat. Unter den heutigen Bedingungen, hat Genosse Enver Hoxha gesagt, ist die Arbeiterklasse mehr als jede andere daran interessiert, die demokratische und antiimperialistische Revolution zu Ende zu führen. Deswegen muß sich die Arbeiterklase als revolutionärste Klasse der Gesellschaft an die Spitze stellen und nicht nur den Kampf für den Sozialismus führen, sondern auch den Kampf für Demokratie und nationale Unabhängigkeit.

Andererseits ist der gesamte Übergangsprozeß der ehemaligen kolonialen und halbkolonialen Länder zum Sozialismus ein Prozeß heftigen Klassenkampfes, der allen allgemeinen Gesetzen der sozialistischen Revolution unterworfen ist, d.h., daß der Übergang zum Sozialismus durch die gewaltsame Revolution unter Führung des Proletariats mit der marxistisch-leninistischen kommunistischen Partei an der Spitze vollzogen wird, indem der Beamten- und Militärapparat zerschlagen und die Diktatur des Proletariats errichtet wird.



In mehreren Städten der Bundesrepublik wurden in diesem Monat die Fahrpreise des öffentlichen Nahverkehrs erhöht. An verschiedenen Orten fanden gegen diese Preiserhöhungen Demonstrationen und Aktionen der Bevölkerung statt. Unser Bild zeigt eine Demonstration in Köln, an der sich auch die Partei und die ROTE GARDE beteiligten.



STÄHLERNE FAUST
Betriebszeitung der KPD/ML für die Hoesch-Betriebe
Hoesch-Kapitalisten planen
- Im Monat Juli/August, 4 Wochen Kurzarbeit
- Entlassungen von 1800 – 2000 Kollegen

Der rote Greifer
Betriebszeitung der KPD/ML
1976: Mehr Stahl, aber weniger Arbeiter!
Massenentlassungen noch in diesem Jahr!

SCHLAG ZU Extra
Kämpft gegen die Entlassungen!

KPD/ML
Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten
ES HILFT KEIN BITTGESUCH, KEIN FLEHEN – NUR DURCH STREIK WIRD REISHOLZ WEITERBESTEHEN

Roter Strom
Betriebszeitung der KPD/ML für die Arbeiter und Angestellten bei F&G
F&G vernichtet 2200 Arbeitsplätze!

Klassenkampf
BETRIEBSZEITUNG DER KPD/ML FÜR BAYER
Trotz aller Dementis:
Massenentlassungen bei Agfa!

Der Kampf der Arbeiterklasse gegen Massenentlassungen, Stillegungen, Kurzarbeit und Rationalisierungsmaßnahmen der Kapitalisten nahm im vergangenen Monat einen weiteren Aufschwung. In vielen Orten Westdeutschlands fanden Protestdemonstrationen, Streiks und Warnstreiks statt. Die Partei griff in diese Bewegung ein, indem sie die Parolen von der Klassenversöhnung und Klassenzusammenarbeit des DGB-Apparats und der D„K"P-Revisionisten entlarvte und zeigte, daß wirkliche Erfolge auch gegen Massenentlassungen, Kurzarbeit und Rationalisierung nur im revolutionären Klassenkampf erzielt werden können.

März im Bild



In Dortmund fand am 9. März eine Demonstration statt gegen die Schuldigen am Tod des griechischen Arbeiters Ioannis Batos. Er war am Rosenmontag von der Polizei auf der Straße zusammengeschlagen, schwer verletzt und in eine Ausnüchterungszelle gesteckt worden, obgleich er keinen Tropfen Alkohol getrunken hatte, wo er schließlich starb. An der Demonstration beteiligten sich auch die KPD/ML und die ROTE HILFE DEUTSCHLANDS. Weit über einhundert griechische Kollegen und ihre Frauen reihten sich in den Demonstrationszug ein, um ihre Empörung über die Polizei zum Ausdruck zu bringen, die skrupellos und gemein einen griechischen Arbeiter umgebracht hat.



In Athen fand am 14. März eine von der Kommunistischen Partei Griechenlands/Marxisten-Leninisten organisierte internationalistische Großkundgebung zum Kampf gegen Imperialismus und Faschismus statt. Die Veranstaltung, zu der vier- bis fünftausend Menschen gekommen waren, verlief in einer begeisternden kämpferischen, revolutionären Atmosphäre und war vom Geist des proletarischen Internationalismus geprägt. Auf Einladung der KP Griechenlands/ML sprachen auf der Veranstaltung auch Vertreter der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles, der KP Italiens/ML, der KP Portugals (Wiederaufgebaut), der KP Spaniens/ML und ein Vertreter unserer Partei.







Am 2. März, nach fast drei Wochen Haft in den Händen des faschistischen Staatssicherheitsdienstes der DDR, mußte das Honecker-Regime Genossen Bernd Hübner, kommunistischer Arbeiter aus Neumünster, freigeben. Die Anklage wegen „staatsfeindlicher Hetze" gegen die DDR, nach der Bernd Hübner bis zu zehn Jahren in den Gefängnissen des DDR-Regimes hätte verschwinden können, wurde schließlich fallengelassen. Diese Freilassung von Genossen Bernd ist ein großer Sieg, errungen durch den massenhaften Protest der Bevölkerung und den militanten Kampf von Bernds Partei, der KPD/ML. Seine Befreiung wurde nicht erbettelt, sondern erkämpft — gegen die Behörden der sozialfaschistischen Diktatur in der DDR, aber auch gegen die Interessen und den Widerstand der westdeutschen Regierung.

Die Photos zeigen eine 50 Meter lange Parole, die Bonner Genossen an der Autobahn gemalt haben. Auf dem Bild links der Bremer AP-Trupp der KPD/ML bei der Straßenpropaganda für die Freilassung Bernds. Das Bild rechts zeigt Genossen Bernd auf einer Veranstaltung der Partei in Dortmund, die nach seiner Freilassung durchgeführt wurde.

Aus aller Welt

SPANIEN

Die Streikkämpfe der spanischen Arbeiterklasse erweitern sich ständig. Besonders große Ausmaße haben sie in den baskischen Provinzen angenommen, wo zigtausende Menschen an Streiks und Demonstrationen teilnahmen. Bei diesen Aktionen kam es zu heftigen Zusammenstößen mit der faschistischen Polizei, die brutal gegen die Demonstranten vorging, um sie auseinanderzutreiben. Bei einer Demonstration in San Sebastian nahmen über 10000 Personen teil. Die Demonstranten zogen durch die Hauptstraßen der Stadt und riefen Losungen, in denen sie die Polizeigewalt und den Terror des monarcho-faschistischen Regimes verurteilten und die Freilassung der fortschrittlichen Menschen forderten, die in den faschistischen Gefängnissen festgehalten werden. Gegen die wehrlosen Demonstranten gingen starke Polizeieinheiten gewaltsam vor. Etliche Demonstranten wurden festgenommen.

MOSAMBIK

Auf dem afrikanischen Kontinent findet ein immer heftigeres Ringen beider Supermächte, des US-Imperialismus und des russischen Sozialimperialismus, um die Einflußbereiche statt. Der US-Imperialismus hat schon seit langem seine Klauen auf diesen Erdteil ausgestreckt. Aber auch die sowjetischen Sozialimperialisten setzen alles daran, möglichst tief in Afrika einzudringen und sich neue Freunde zu erwerben. Eines der afrikanischen Länder, in das Moskau unbedingt wirtschaftlich und politisch eindringen will, ist Mosambik. Die sowjetische Nachrichtenagentur TASS selbst gab vor kurzem bekannt, daß sich eine Anzahl Experten, Piloten und sogenannte „Berater" in dieses Land begeben haben, um es angeblich bei der Ausarbeitung der wirtschaftlichen Entwicklungspläne, bei der Ausbildung des Personals und anderem zu unterstützen. Die Tatsachen jedoch haben immer bewiesen, daß hinter den Bezeichnungen „Berater" und „Experten" häufig KGB-Spione stecken und daß die sogenannte „Hilfe" eng mit den neokolonialistischen Zielen der sowjetischen Sozialimperialisten zusammenhängt.

TANSANIA

In Tansania zeigte die Botschaft der Sozialistischen Volksrepublik Albanien vor kurzem für Kader und Studenten des Panafrikanischen Kongresses von Azania die albanischen Filme „Vier Lieder für die Partei" und „Für die Gesundheit des Volkes". Nach der Filmvorstellung würdigte einer der Vertreter dieser Bewegung den Kampf und die Anstrengungen des von der Partei der Arbeit geführten albanischen Volkes für die Befreiung des Landes und den sozialistischen Aufbau. „Wir", sagte der Redner, „müssen von der Erfahrung der Partei der Arbeit Albaniens lernen und uns von ihr inspirieren lassen. Die Partei der Arbeit Albaniens verfolgt nach wie vor die revolutionäre marxistisch-lenininistische Linie im heftigen Kampf gegen den US-Imperialismus, den sowjetischen Sozialimperialismus und alle übrigen Reaktionäre."

Presseerklärung des Demokratischen Kampuchea

Am 14. März 1977 kam der Vertreter des Verbindungsbüros der Vereinigten Staaten in Peking zur Botschaft des Demokratischen Kampuchea in Peking und bat um ein persönliches Gespräch mit unserem Botschafter. Er übergab ihm ein Aide-mémoire* des Verbindungsbüros der Vereinigten Staaten an die Botschaft des Demokratischen Kampuchea in Peking. Dieser Vertreter der USA verlangte, eine Delegation der USA zu einem offiziellen Besuch in das Demokratische Kampuchea einreisen zu lassen, bzw. ein Treffen mit einem Vertreter des Demokratischen Kampuchea an einem beliebigen Ort in Südostasien.

Betreffs dieser Forderung des Vertreters der USA ist der Sprecher des Außenministeriums der Regierung des Demokratischen Kampuchea von der Regierung des Demokratischen Kampuchea authorisiert, folgendes Komuniqué abzugeben:

1. Das Volk von Kampuchea hat den fortschrittlichen amerikanischen Menschen immer seine Hochachtung bezeugt. Insbesondere wird das Volk von Kampuchea niemals die Unterstützung vergessen, die die fortschrittlichen amerikanischen Menschen, die Jugend und Politiker während seines Kampfes gegen den Aggressionskrieg der USA-Imperialisten in Kampuchea von 1970 — 1975 gegeben haben.

2. Was die USA-Imperialisten angeht, wird das Volk von Kampuchea niemals die Akte der Einmischung und der Subversion den Staatsstreich, die Aggression und den Verwüstungskrieg, die von ihnen in Kampuchea begangen worden sind, vergessen. Das Volk von Kampuchea hat sehr große Verluste erlitten. Über eine Million Menschen sind getötet, verwundet oder für immer krank. Die Wunden des Aggressionskrieges der USA-Imperialisten kann man immer noch überall in Kampuchea sehen, sogar in den abgelegensten Gegenden. Deshalb sieden der nationale und der Klassenhaß gegen den USA-Imperialismus und seine Lakaien immer noch im Herzen des ganzen Volkes von Kampuchea. Mehr noch, seit der Befreiung von Kampuchea am 17. April 1975 haben die USA-Imperialisten und ihre Lakaien alle möglichen Verbrechen gegen das Volk von Kampuchea begangen.

Das Volk von Kampuchea hat seine nationale Würde und schätzt seine Unabhängigkeit, seine Souveränität und seine Freiheit tief. Gleichzeitig hat das Volk von Kampuchea in den letzten dreißig Jahren seiner Geschichte mit seinem eigenen Fleisch, seinem eigenen Blut und seinen eigenen Knochen zahllose bittere Erfahrungen mit den USA-Imperialisten innerhalb des Landes gemacht.

Folgerichtig kann das Volk von Kampuchea weder die Forderung der USA-Imperialisten, eine Delegation der USA zu einem offiziellen Besuch nach Kampuchea zu entsenden, akzeptieren noch das vorgeschlagene Treffen.

Die fortschrittlichen Menschen und alle Freunde des Volkes von Kampuchea, ob nah oder fern in der ganzen Welt werden unzweifelhaft den Standpunkt, die Haltung und die Gefühle des Volkes von Kampuchea in dieser Frage ebenso verstehen wie die fortschrittlichen amerikanischen Menschen, Jugendlichen und Politiker.

Phnom Penh, 19. März 1977

* Niederschrift

VANGUARDIA OBRERA — SEMANAL

Spanien

Bandeira Vermelha — ÓRGÃO CENTRAL DO PARTIDO COMUNISTA PORTUGUÊS (RECONSTRUÍDO)

Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49.**

Italien

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

Griechenland

ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ

Erneut Nahost-Pläne aus Moskau und Washington

Die beiden Supermächte wollen einen Raubfrieden

Kurz nachdem in Kairo der 13. Kongreß des palästinensischen Nationalrates stattgefunden hat, auf dem über die Möglichkeiten eines verstärkten Kampfes der Palästinenser gegen die israelischen Zionisten beraten wurde, meldeten sich in Washington und Moskau Carter und Breschnew zu Wort. Sie präsentierten erneut sogenannte „Friedenspläne", die keine andere Absicht verfolgen, als den gerechten Kampf der arabischen Völker und insbesondere des palästinensischen Volkes niederzuschlagen und den gegenwärtigen Status im Nahen Osten aufrechtzuerhalten.

Carters Sicherheitsberater, der die Pläne des US-Präsidenten erläuterte, ließ keinen Zweifel daran, daß die US-Imperialisten gegen die Räumung der von den israelischen Zionisten seit 1967 gewaltsam besetzten Gebiete sind. Es müßten vielmehr neue Grenzen gezogen werden, die den israelischen Zionisten große Teile der besetzten Gebiete sichern. Und was das palästinensische Volk anbelangt, so schlug Carter vor, es solle sich mit einem kleinen Reservat unter Kontrolle des jordanischen Königs Hussein, einer Marionette der US-Imperialisten, begnügen.

Nun, wer wollte von den US-Imperialisten anderes erwarten? Sie wollen nicht die Probleme der arabischen Völker lösen, sie wollen allein eine immer stärkere Herrschaft der israelischen Zionisten und auch das keineswegs aus „Selbstlosigkeit". Denn was ist dieses Israel — dieser Staat, der sich auf der barbarischen Vertreibung des palästinensischen Volkes, auf Terror und Völkermord im Nahen Osten gegründet und durch Aggression gegen die arabischen Völker vergrößert hat — was ist dieser Staat anderes als ein Vorposten des US-Imperialismus und seiner räuberischen Interessen? Er existiert von Gnaden der US-Imperialisten, von ihren Dollars und Waffenlieferungen. Je brutaler die Unterjochung des palästinensischen Volkes durch die israelischen Zionisten, je breiter und intensiver ihre Aggressionen gegen die arabischen Völker, desto sicherer herrscht das Diktat des US-Imperialismus im Nahen Osten, desto fester verfügt er über die reichen Rohstoffquellen dieses Gebietes.

Die „Lösungsvorschläge" des US-Imperialismus für den Nahen Osten werden daher niemals etwas anderes sein als Pläne, die sich gegen die arabischen Völker, gegen das palästinensische Volk richten, auch wenn die US-Imperialisten sich bisweilen aus Gründen der Demagogie als „Mittler" zwischen den arabischen Völkern und den israelischen Zionisten aufspielen wollen.

Nach den US-Imperialisten in Washington meldeten sich auch die russischen Sozialimperialisten zu Wort. Auf einem Gewerkschaftskongreß in Moskau breitete Breschnew die neuesten Pläne der russischen Sozialimperialisten zu ihrem Vorgehen im Nahen Osten aus. Er bedient sich dabei im wesentlichen der gleichen Masche wie die US-Imperialisten: All seine großen Worte von „Friedensbemühungen" laufen letztlich nur auf eines hinaus: den gegenwärtigen Status der Unterdrückung der arabischen Völker im Nahen Osten zu verewigen.

Wie können denn die arabischen Völker Frieden erreichen? Nur indem sie die Aggressoren und ihr Regime niederschlagen, indem sie ihre Heimat, die von den israelischen Zionisten besetzt wurde, im Kampf zurückerobern. Daß sie dies nicht „friedlich" erreichen können, daran gibt es keinen Zweifel. Nicht zuletzt erklären die israelischen Zionisten selbst immer wieder, daß sie nicht bereit sind, die besetzten Gebiete zu räumen, geschweige denn ihr Regime aufzulösen und dem palästinensischen Volk seine Heimat wiederzugeben.

Was aber schlägt Breschnew vor? Die arabischen Völker sollen nicht etwa die israelischen Aggressoren aus den seit 1967 besetzten Gebieten verjagen, sondern die israelischen Truppen, sagte er, müßten zurückgezogen werden auf die Grenzen von 1967, „in Phasen von beispielsweise mehreren Monaten". Breschnew tritt damit die gerechte Forderung der arabischen Völker nach sofortiger Räumung aller besetzten Gebiete mit Füßen und erweckt den Eindruck, die israelischen Zionisten würden freiwillig abziehen. Breschnew aber geht noch weiter: „Es könnten zu beiden Seiten der festgelegten Grenzen entmilitarisierte Zonen ohne einseitigen Vorteil für eine der Parteien geschaffen werden, natürlich mit Zustimmung der betroffenen Staaten". Die arabischen Völker dürfen also nur noch „mit Zustimmung" der israelischen Zionisten ihr Territorium zurückerobern? Der Beraubte darf also sein Eigentum dem Räuber nur mit dessen Zustimmung wieder abnehmen und darf ihn womöglich auch nur bestrafen, wenn diesem das auch gefällt?

Wer solche Pläne aufstellt, entlarvt nicht nur selbst, daß er den unterdrückten arabischen Völkern keine Unterstützung gewähren will, sondern er beweist, daß er mit den Räubern, mit den israelischen Zionisten verbrüdert ist, verbrüdert gegen die arabischen Völker und insbesondere gegen das palästinensische Volk.

Aber weiter: Wieso sollten denn die arabischen Länder dazu kommen, auf ihrem Territorium „entmilitarisierte Zonen" zu dulden, Zonen also, in denen ihre Souveränität eingeschränkt ist? In Wahrheit will Breschnew diese „entmilitarisierten Zonen", um dort Truppen zu stationieren, Truppen, die zum Beispiel verhindern sollen, daß das palästinensische Volk über die Grenzen hinweg seinen Kampf gegen den israelischen Zionismus führen kann: „In diesen Zonen könnten entweder eine UNO-Sondertruppe oder UNO-Beobachter für eine bestimmte Zeit stationiert werden", schlug Breschnew vor. Das könnte ihm so passen. Denn diese UNO-Truppen sind nichts anderes als ein Werkzeug der Imperialisten, die in der UNO nach wie vor die erste Geige spielen. So sieht die Wahrheit um den „großen Freund der arabischen Völker" in Moskau aus.

Sowohl die US-Imperialisten als auch die russischen Sozialimperialisten wollen im Nahen Osten den gegenwärtigen Raubfrieden der israelischen Zionisten aufrechterhalten. Denn der Sieg der arabischen Völker in ihrem Befreiungskampf würde auch dem Diktat der beiden Supermächte im Nahen Osten ein Ende setzen. Das ist der Grund, warum sie diesen Befreiungskampf so sehr fürchten, warum sie mit Aggression, brutalem Terror und auf der anderen Seite mit verlogenen Parolen der Freundschaft und des Friedens gegen die arabischen Völker vorgehen. Das gilt für die eine wie die andere Supermacht in gleicher Weise. Selbst der bürgerlichen Presse fiel an den letzten Nahostplänen aus Moskau und Washington auf, daß diese sich immer mehr ähneln. Kein Wunder: gleiche Absichten, gleiche Pläne.

Pferdewechsel in Indien

Die Wahlen in Indien, mit denen Indira Gandhi ihrem immer stärker angeschlagenen Terror-Regime ein demokratisches Mäntelchen umhängen wollte, haben ihrer Kongreß-Partei und den verbündeten Moskau-Revisionisten eine vernichtende Niederlage gebracht.

Darin zeigt sich der tiefe Haß der indischen Massen auf die faschistische Gandhi-Clique. Seit der Verhängung des Ausnahmezustands vor zwei Jahren lastete der wirtschaftliche und politische Druck des Regimes immer schwerer auf den Volksmassen. Hunger, Massenarbeitslosigkeit, Vertreibung der Bauern von ihrem Land, vollständige politische Entrechtung — das war die Lage der indischen Werktätigen. Und dem immer stärker werdenden Widerstand der Massen, den Streiks, Demonstrationen, Landbesetzungen begegnete das Regime mit Mord, Folter, Massenverhaftungen. Es waren schließlich 75 000 politische Gefangene, die in den Kerkern des Regimes saßen, mehr noch als zu den Zeiten der britischen Kolonialherrschaft.

Ist all das jetzt Vergangenheit? Schon ein Blick auf die Wahlsieger zeigt, daß sich in Indien nichts grundlegend geändert hat. Da ist der Führer des Oppositionsblocks Janata Desai, früher als Finanzminister und in anderen Ämtern im Dienst der Bourgeoisie und der Grundherren bewährt. Da ist Jagjivan Ram, noch im Februar der Landwirtschaftsminister Indira Gandhis, der erst in Opposition machte, als deutlich wurde, daß das Regime jeden Rückhalt im Volk verloren hatte.

Indien bleibt nicht nur ein Land der Herrschaft der Bourgeoisie und der Grundherren. Es bleibt auch ein abhängiges Land. Zwei Milliarden Dollar investieren die imperialistischen Monopole jährlich dort. Sie haben — allen voran die russischen Sozialimperialisten — einen großen Teil der indischen Wirtschaft unter ihre direkte Kontrolle gebracht. Die Sozialimperialisten haben stets versucht, die von ihnen betriebene Ausbeutung des indischen Volkes als brüderliche Hilfe zu verkaufen. Um diesen Betrug schmackhafter zu machen, haben sie das Gandhi-Regime in den Himmel gehoben, sogar den faschistischen Terror des Ausnahmezustands als „Schlag gegen die Reaktion", als „antifaschistische Maßnahme" umgefälscht. Jetzt, nach der Wahl, liest sich's anders. Jetzt ist in den Kommentaren der Kreml-Zeitungen von „Fehlern und Exzessen" der Gandhi-Clique die Rede. Diese Verlogenheit der neuen Zaren wird dem indischen Volk nur noch mehr die Augen öffnen über den wahren Charakter des Sozialimperialismus.

Die indischen Reaktionäre, die Imperialisten und Sozialimperialisten haben versucht, die Kämpfe des Volkes mit dem Terror der faschistischen Diktatur zu ersticken. Sie sind damit gescheitert. Aber ebensowenig wird sich das indische Volk durch die Demokratie-Farce von Desai und Ram betrügen lassen. Die Volksmassen werden den Kampf fortführen und schließlich im bewaffneten Volkskrieg der Herrschaft ihrer in- und ausländischen Feinde ein Ende bereiten.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Unterstützt den Kampf der RKP Chiles

Nieder mit dem Faschismus in Chile!

Chile heute, im vierten Jahr nach dem faschistischen Putsch: Über 30.000 Menschen wurden ermordet. Mehr als 150.000 in die Gefängnisse und Konzentrationslager geworfen, Tausende befinden sich noch immer dort. Menschen verschwinden, ohne eine Spur zu hinterlassen — gekidnappt von der berüchtigten DINA, der Gestapo Pinochets.

Die brutalsten Folterungen wurden und werden noch immer als „normale" Verhörmethoden — oder ganz einfach aus Rache angewandt: Elektroschocks an Geschlechtsteilen, After und Zahnfleisch, Vergewaltigungen, Untertauchen in Behälter mit Exkrementen oder Öl, Verbrennungen mit Säuren oder Feuer, um nur einige der gebräuchlichsten zu nennen.

„Das Folterlager der Deutschen"

Fast 500 km südlich von Santiago de Chile liegt die „Colonia Dignidad". Hier leben 350 deutsche Siedler, von der Außenwelt durch Mauern und Stacheldraht abgeschirmt. Angeführt werden sie von ehemaligen Nazibonzen, von steckbrieflich von der Interpol gesuchten Verbrechern wie dem ehemaligen Jugendpfleger Paul Schäfer aus Siegburg. Hinter den Mauern dieser „Kolonie" herrscht der Terror. Aus einem Bericht der UNO vom Oktober 1976: „In ‚Colonia Dignidad' scheint es ein besonderes Folterzentrum an einem unterirdischen Ort mit spezieller Ausrüstung und kleinen, schalldichten, hermetisch abgeschlossenen Gefangenenzellen zu geben. Den Häftlingen werden Lederkapuzen über den Kopf gezogen und mit chemischen Mitteln an das Gesicht geklebt. Angeblich werden in diesen Zellen Verhöre über eine Sprechanlage durchgeführt, während die Gefangenen nackt auf Metallroste gefesselt sind und Elektroschocks empfangen."

Hunger, Not und Elend

Als die Faschisten die Regierung Allende gestürzt hatten, versprachen sie, das Land aus dem „Chaos" zu führen, versprachen sie den Werktätigen ein besseres Leben. Was für infame Lügen! Wie leben denn heute die chilenischen Arbeiter und Bauern, die Werktätigen in Stadt und Land?

Über ein Viertel der chilenischen Bevölkerung ist ohne Arbeit und Brot. Wer Arbeit hat, kann sich von den Hungerlöhnen oft nicht das Nötigste zu essen kaufen. Zahlreiche Menschen begehen Selbstmord, weil sie nichts mehr zu essen haben oder ihre Familie nicht mehr ernähren können. Ein Drittel aller Kinder Chiles sind unterernährt und leiden an den Folgen des Hungers: Rachitis, Skorbut und andere Mangelkrankheiten sind zu Seuchen geworden.

Das sind die „Segnungen" der Junta der Generäle für das chilenische Volk: Faschismus, Hunger, Elend und Not.

Die Junta — Lakai des USA-Imperialismus

Warum wurde der ehemalige Präsident Allende gestürzt? Deshalb, weil der Imperialismus, vor allem der USA-Imperialismus, seine Herrschaft in Chile bedroht sah. Die ITT, Kennecott und anderen kapitalistischen Monopole beherrschten das Land. Ihnen gehörten die Kupferminen und der größte Teil der anderen Fabriken. Ihnen gehörten große Teile des Landes. Ihnen und der chilenischen Monopolbourgeoisie und den Großgrundbesitzern. Diese Blutsauger bereicherten sich unermeßlich, das Volk aber lebte in Elend und Unterdrückung. Die Regierung Allende versprach Reformen und führte einige auch durch. Grund genug für den amerikanischen Imperialismus, mit Hilfe seiner chilenischen Lakaien ein blutiges Terrorregime zu errichten. Die Junta öffnete ihnen wieder Tür und Tor. Wie sehr die Imperialisten diesen Tag herbeigesehnt hatten, wie sehr sie sich freuten, als Allende im Kugelhagel der Faschisten ermordet wurde, als sich die Gefängnisse und KZs füllten, verdeutlicht ein Brief der Niederlassung des westdeutschen Chemiekonzerns Hoechst in Chile. Darin heißt es: „Der so lange erwartete Eingriff der Militärs hat endlich stattgefunden. Die Regierung Allende hat das Ende gefunden, das sie verdiente."

Die Abs, Krupp und Thyssen morden mit

Ja, auch VW, Daimler-Benz, die Deutsche Bank und andere scheffeln Millionen in Chile. Der Quandt-Konzern rüstet die Armee und die Polizei der Faschisten mit automatischen Gewehren aus. Und die Bundesregierung, die scheinheilig immer wieder ihr „demokratisches Gewissen" bemühte, gab der Junta einen Kredit nach dem anderen.

Unterstützt den Kampf der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles!
Spendet auf die Konten:
Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321004-547
Vorstand der KPD/ML und
PSchKto. 6420-467, PSchA Dortmund
KPD/ML-Spendenkonto.
Stichwort: Chile

Solidarität mit dem Kampf des chilenischen Volkes

Das Elend und die Unterdrückung in Chile haben überall Abscheu und Empörung hervorgerufen. In den Tagen nach dem Putsch versammelten sich Millionen zu spontanen Protestkundgebungen in aller Welt. Die Solidaritätsaktionen der Arbeiter, der Werktätigen haben seither nicht nachgelassen. Aber dieser Wunsch der Völker, das chilenische Volk in seinem schweren Kampf gegen die faschistische Diktatur zu unterstützen, wird auch von den Todfeinden des chilenischen Volkes, den modernen Revisionisten à la Corvalan ausgenutzt. Üben sie nicht auch Solidarität?

Corvalan und Co. — Wegbereiter des Faschismus

Aber der Schein trügt. Die „Solidarität" der modernen Revisionisten ist Betrug. Sie selbst haben den Faschisten den Weg geebnet. Ist es denn ein unvermeidliches Schicksal, daß ein Volk, daß sich gegen den USA-Imperialismus erhebt, niedergeschlagen und geknechtet wird? Nein, das ist es nicht. Die Völker Indochinas z. B. haben bewiesen, daß es möglich ist, den USA-Imperialismus aus dem Land zu treiben. Aber sie hatten Gewehre in den Händen, sie erhoben sich und beantworteten die faschistische Gewalt mit dem revolutionären Volkskrieg. Das chilenische Volk aber war im Jahre 1973 entwaffnet. Die Verräter der revisionistischen Partei Chiles hämmerten dem Volk ein, mit der Wahl Allendes sei der Sieg schon errungen, der Sozialismus in greifbare Nähe gerückt. Sie sagten: *„Das Volk zweifelt nicht am Patriotismus und an der Verfassungstreue der Armee. Das Volk wird ihrem Marschtritt durch unsere Straßen weiter zujubeln, morgen genauso wie heute."*

„Die Thesen für den bewaffneten Kampf und die verantwortungslosen Aufrufe zur Gewalt", hetzten sie, *„müssen ein für allemal ein Ende nehmen. Wenn sie nicht aufhören, müssen sie als volksfeindliche Handlungen definiert und mit Gewalt niedergeschlagen werden."*

So führten die modernen Revisionisten das Volk in die Irre, so schürten sie Illusionen, so machten sie glauben, der Imperialismus und die Reaktion würden freiwillig abtreten, während sie in Wirklichkeit zu jedem Verbrechen bereit sind, um ihre Ausbeuter- und Unterdrückerordnung aufrechtzuerhalten. So versuchten sie zugleich die Bedingungen dafür zu schaffen, daß Chile vom Joch des USA-Imperialismus unter die Knute der sowjetischen Sozialimperialisten gerät.

Das Volk kämpft

Das chilenische Volk hat sich aber weder durch den Terror der Faschisten noch durch den Verrat der modernen Revisionisten vom Kampf gegen die faschistische Diktatur abhalten lassen. Arbeiter, Bauern, Studenten, Frauen und Jugendliche organisieren illegale Widerstandskomitees, Versammlungen und Kundgebungen. Illegale Flugblätter und Zeitungen, die zum Kampf gegen den USA-Imperialismus und die Diktatur aufrufen, erscheinen. Es kommt zu Streiks und Kampfaktionen der Bewohner der Slums der großen Städte. Auf dem Land gärt es unter den Bauern. Immer häufiger werden auf Mauern und öffentlichen Gebäuden nachts Parolen gemalt: Ein großes R in einem Kreis — „Resistencia", Widerstand! Das ist das Zeichen der „Front des Volkes", die von der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles geführt wird.

Unterstützt den Kampf der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles!

Das Volk in Chile kann nur siegen, wenn es nicht nur den USA-Imperialismus und seine Lakaien bekämpft, sondern auch die Verräter in den eigenen Reihen, die modernen Revisionisten. Dieser Kampf hat in Chile längst begonnen. **„Wenn wir in die Zukunft sehen"**, heißt es in einer Erklärung der Revolutionären Kommunistischen Partei (RPK) Chiles, **„dann ist unser Weg, die Macht zu erringen, der des Volkskrieges.** Wir marschieren entschlossen in diese Richtung. Wenn wir festhalten am Weg des Zusammenschlusses der revolutionären Kräfte zur Erringung der Macht, wenn wir in jeder Etappe dieses Prozesses korrekt alle Aufgaben lösen, wenn wir genau unterscheiden zwischen unseren Freunden und Feinden in jeder konkreten Situation und festhalten an der Aufgabe, im Kampf eine große Partei auf den Grundlagen des Marxismus-Leninismus aufzubauen und zu festigen sowie eine **breite Einheitsfront und eine Volksarmee, die beide unter der Führung der Partei stehen,** so werden wir ohne Zweifel unsere großen Ziele erreichen, die uns gestellt sind mit der endgültigen Befreiung unseres Volkes und dem Aufbau einer volksdemokratischen Gesellschaft und eine lichte Zukunft eröffnen."

In diesem schweren Kampf braucht das chilenische Volk und seine marxistisch-leninistische Vorhutpartei auch unsere Unterstützung. Spendet für den Kampf des chilenischen Volkes. ***Besucht die Veranstaltungen in Frankfurt, Hamburg und Westberlin, auf denen auch ein Vertreter der Revolutionären Kommunistischen Partei Chiles sprechen wird.***

KP Japans (Linke)

Gegen das Monopolkapital und die Supermächte

Die Kommunistische Partei Japans (Linke) führt einen entschlossenen Kampf an der Spitze der japanischen werktätigen Massen gegen das japanische Monopolkapital und die beiden Supermächte. Das wird erneut in einem kürzlich erschienenen Leitartikel der Zeitung „Volksstern", Organ des Zentralkomitees dieser Partei, betont, indem die Lage im Inneren des Landes und die internationale Lage eingehend analysiert und die Aufgaben, die sich der Partei stellen, festgelegt werden, um die japanische Arbeiterbewegung voranzubringen.

Bereits Ende 1973, wird in der Zeitung unterstrichen, wurde Japan von der größten Wirtschaftskrise in der Nachkriegszeit heimgesucht. Die vom Monopolkapital und der Regierung ergriffenen Maßnahmen, um der Krise zu entgehen, zielen darauf ab, die Last der Krise auf die breiten Massen abzuwälzen. **Die Monopolbourgeoisie und die japanischen Reaktionäre,** heißt es ferner in der Zeitung „Volksstern", **haben sich stets auf den USA-Imperialismus gestützt, um das Volk zu unterdrücken und zu beherrschen sowie die wirtschaftliche Expansion im Weltmaßstab, in erster Linie in Asien, voranzutreiben.** So unterdrücken und beherrschen sie unter dem Atomschirm des USA-Imperialismus das japanische Volk und treiben die wirtschaftliche Expansion voran, während die Zusammenarbeit und die Rivalität der beiden Supermächte, USA und Sowjetunion, um die Neuaufteilung der Welt im Weltmaßstab existiert, während die scharfe Konkurrenz der imperialistischen Mächte besteht und während sich der antiimperialistische und antikolonialistische Kampf der Völker verschärft.

Die Kommunistische Partei Japans (Linke) entlarvt den Verrat der revisionistischen Mijamoto-Clique, die die Losung ‚Widerstand gegen den amerikanisch-japanischen Sicherheitsvertrag' fallengelassen hat und die Illusion schürt, als würden die Probleme des Volkes durch das Parlament gelöst. Sie spielt somit getreu die Rolle des Agenten der imperialistischen Bourgeoisie. Das ideologische und politische Bewußtsein der revolutionären Arbeiter des Volkes, unterstreicht die Zeitung „Volksstern" ferner, wächst von Tag zu Tag.

Die Situation ist sehr günstig für die Revolution und sehr ungünstig für die amerikanisch-japanischen Reaktionäre und ihre Handlanger. Der USA-Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus, wird in der Zeitung betont, sind die größten, gefährlichsten und aggressivsten imperialistischen Mächte, die die Geschichte gekannt hat, und stellen den Hauptfeind für den Sozialismus, die Freiheit und Unabhängigkeit der Nationen, die größte Kraft der Verteidigung der Ausbeuter- und Unterdrückersysteme und die unmittelbare Gefahr dar, die die Menschheit in einen dritten Weltkrieg zu stürzen droht. Unter diesen Bedingungen müssen die Marxisten-Leninisten in der ganzen Welt ihre Wachsamkeit gegenüber der aggressiven Politik der beiden Supermächte erhalten und sie ununterbrochen entlarven. **Sie müssen ferner einen entschlossenen Kampf gegen die Monopolbourgeoisie und die Reaktion in den jeweiligen Ländern führen, die den beiden Supermächten als Stützpfeiler dienen.**

Der USA-Imperialismus, heißt es ferner in der Zeitung „Volksstern", ist der geschworene Feind des japanischen Volkes. Das japanische Volk entlarvt ebenfalls die Manöver des sowjetischen Sozialimperialismus gegenüber Japan. Den USA-Imperialismus bekämpfen heißt nicht, den sowjetischen Sozialimperialismus nicht bekämpfen. Ebenso heißt, den sowjetischen Sozialimperialismus bekämpfen nicht, den USA-Imperialismus nicht bekämpfen und auch nicht, die japanische Monopolbourgeoisie nicht bekämpfen. Wir müssen den Klassencharakter der Dinge enthüllen.

Die Kommunistische Partei Japans (Linke) hält es für unerläßlich, am Marxismus-Leninismus und am proletarischen Internationalismus festzuhalten, um den Kampf gegen den USA-Imperialismus und das japanische Monopolkapital zum Sieg zu führen.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00 – 13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30 – 15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00 – 16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00 – 18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00 – 19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	2. Programm		
21.30 – 22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00 – 23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
6.00 – 6.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Bei Kundgebung gegen das Schahregime verhaftet

Sofortige Freilassung von Werner Adomatis

Kurz nachdem die Regierung in Bonn offen die Zusammenarbeit zwischen westdeutschen Behörden und dem SAVAK, dem Geheimdienst des faschistischen Schahregimes im Iran, zugeben mußte, gaben die Westberliner Behörden praktischen Anschauungsunterricht dieser Zusammenarbeit. Eine Kundgebung der KPD/ML und der Conföderation Iranischer Studenten in Westberlin gegen das faschistische Schahregime und dessen Unterstützung durch die Herren in Bonn wurde von Westberliner Polizei überfallen, wobei der Genosse Werner Adomatis zusammengeschlagen und verhaftet wurde.

Die Protestkundgebung der iranischen Patrioten und der Genossen der KPD/ML richtete sich gegen die glanzvolle Feier des persischen Neujahrsfestes, das der persische Konsul mit 200 „Ehrengästen" im amerikanischen Clubhaus in Dahlem begehen wollte. Jeder weiß von dem unerhörten Prunk, mit dem sich der Schah und seine Lakaien im In- und Ausland umgeben und von der großen Armut, in der das Volk im Iran lebt. Solch ein krasser Gegensatz zwischen Reichtum und Elend, der ist nicht auf natürlichem und friedlichem Weg zustandegekommen, sondern durch die rücksichtsloseste Ausplünderung der Werktätigen und brutale Unterdrückung. Und das iranische Volk hätte seine Blutsauger schon längst zertreten, wenn nicht der Schah durch seinen Oberherren, den USA-Imperialismus, und auch vom westdeutschen Imperialismus über Wasser gehalten würde.

Auch am vergangenen Dienstag zeigte sich die enge Komplizenschaft zwischen dem faschistischen Schahregime und den amerikanischen und westdeutschen Imperialisten. Die amerikanischen Oberherren des Schahs stellten ihrem Lakaien die repräsentativen Räumlichkeiten zur Verfügung, wo die Herrschaften im Schutz der Bannmeile der amerikanischen Besatzer in Westberlin in Ruhe ihren Sekt zu trinken hofften. Die Sicherung der Bannmeile wiederum übernahm die Westberliner Polizei. Mit welcher „Aufopferung" die Westberliner Polizei den Schah und seine Henker zu schützen bereit ist, dafür hat sie schon vor zehn Jahren, am 2. Juni 1967, ein blutiges Denkmal gesetzt. Damals wurde der Student Benno Ohnesorg bei einer Demonstration gegen den Schahbesuch in Westberlin vom Polizisten Kurras erschossen, obwohl er lediglich Zuschauer bei der Demonstration gewesen war.

Auch am Dienstag suchte die Polizei eine Gelegenheit zum Losschlagen. Als sich die Demonstranten bereits zurückzogen, provozierte sie eine Schlägerei und fiel über die Demonstranten her. Ein persischer und drei deutsche Demonstranten wurden dabei verhaftet. Gegen sie will die bürgerliche Klassenjustiz schwere Geschütze auffahren: „schweren Landfriedensbruch", „schwere Körperverletzung", „schwerer Widerstand gegen die Staatsgewalt". Während sie drei der Verhafteten später wieder aus der Haft entließ, hat sie Werner Adomatis weiter in Untersuchungshaft festgehalten. Seiner Frau wurde keine Genehmigung erteilt, ihn zu besuchen.

Werner, der völlig unbewaffnet war, wurde als einer der ersten zu Boden geknüppelt. Polizisten rissen ihm seinen Schutzhelm vom Kopf und schlugen auf ihn ein. Nur mit den bloßen Händen konnte er seinen Kopf vor den Schlägen schützen. Das Krankenhaus, wo er auf Drängen der Mitverhafteten behandelt wurde, bestätigte Verwundungen an Kopf, Rücken und an den Händen. Werner stellte daraufhin Strafanzeige gegen die Polizisten wegen versuchten Totschlags. Aber jetzt schon ist sicher, daß er kein Recht bekommen wird, im Gegenteil versuchen ihm Polizei und Klassenjustiz, obgleich er unbewaffnet war, anzuhängen, er habe einem Polizisten mit einer Stahlrute über den Kopf geschlagen und sei einem anderen in den Bauch gesprungen.

Zeigt diese Aktion zum einen die schmutzige Zusammenarbeit der deutschen und amerikanischen Imperialisten mit dem faschistischen Schahregime, so zeigt sie auf der anderen Seite die Verbundenheit der deutschen und iranischen Werktätigen im Kampf gegen das faschistische Regime und seine Gönner. Trotz des massiven Polizeieinsatzes, trotz Bannmeile und US-Schutz war es den Demonstranten gelungen, einen vorzeitigen Abbruch der Feier der Schahfaschisten zu erzwingen. Im Kampf für die sofortige Freilassung des Genossen Werner haben die Westberliner Genossen der KPD/ML mit Unterstützung der iranischen Patrioten bereits mehrere Kundgebungen durchgeführt und mit Flugblättern die Werktätigen zur Unterstützung aufgerufen.

300 000 Silberlinge für Wüstenhagen

Wie jetzt bekannt wurde, soll ein Institut des Bundesverbandes der Bürgerinitiativen Umweltschutz über 300.000 DM vom Bundesministerium für Forschung und Technologie bekommen. 80.000 DM wurden bereits gezahlt, weitere 250.000 DM sollen folgen. Geld also von einem Ministerium, das direkt an der Kernenergieforschung, an der Entwicklung der Kernkraftwerke beteiligt ist an eine Organisation, die sich selbst als „Führer" der Bewegung gegen die Kernkraftwerke ausgibt.

Geld von der gleichen Bundesregierung, vom gleichen kapitalistischen Staat, der Hunderte und Tausende von Polizisten gegen die Gegner der Atomkraftwerke einsetzt, der die Demonstranten in bürgerkriegsähnlichen Einsätzen terrorisiert, sie in einer bundesweiten Hetzkampagne als „Verbrecher", „Gewalttäter" usw. beschimpft.

Wie reimt sich das zusammen? Bekanntlich unterscheidet der kapitalistische Staat sehr genau zwischen den sogenannten „friedlichen Kernkraftgegnern" und denjenigen, die bereit sind, mit revolutionärer Gewalt gegen die Errichtung von Kernkraftwerken zu kämpfen. Sein Interesse ist es gerade, den bürgerlichen Elementen in der Bewegung gegen die Kernkraftwerke, die die Bewegung in pazifistische, dem Kapitalismus ungefährliche Bahnen lenken wollen, den Rücken zu stärken. Man erinnert sich beispielsweise an das freundliche Shakehands, zu dem sich im Anschluß an die Demonstration gegen das KKW Brokdorf BBU-Chef Wüstenhagen mit Bundesinnenminister Maihofer im Fernsehen bewundern ließ, um dort zu bekräftigen, daß man sich einig sei in der Ablehnung jeglicher Gewaltanwendung durch die Demonstranten.

Genau diesem Zweck, die Bewegung gegen die Kernkraftwerke gezielter in die Irre lenken zu können, sollen aber auch die 300000 DM dienen, die Wüstenhagen und sein Institut von der Bundesregierung bekommen. Denn der Bundesverband der Bürgerinitativen Umweltschutz will dieses Geld keineswegs für den Kampf gegen KKW's verwenden, für Informationsbroschüren über die Gefährlichkeit der KKW's oder ähnliches. Nein, die 300000 DM der Bundesregierung sollen dazu dienen, unter den Mitgliedern der Bürgerinitiativen eine Umfrage durchzuführen, inwieweit sie bereit sind, zur Verhinderung von Kernkraftwerken persönliche Opfer zu bringen. So lautet jedenfalls der offizielle Titel der geplanten Umfrage.

Was sich dahinter verbirgt, liegt auf der Hand: die politische Einstellung der Anhänger der Bürgerinitiativen soll erforscht werden. Ein Unternehmen, bei dem die Finanzierung durch die Bundesregierung nicht verwundern kann. Liegt sie doch genau in ihrem Interesse, die Bürgerinitiativen auszuspionieren, um die Revolutionäre und Kommunisten darin besser bekämpfen zu können, dient sie doch ihrem Kampf gegen den revolutionären Widerstand gegen die Errichtung der Kernkraftwerke.

'Kasseler Dokumenta'

Dekadenter geht es kaum

Korrespondenz. Viele glaubten zuerst an einen verfrühten Aprilscherz, als in der Kasseler Presse zu lesen war, auf welche Weise sich ein amerikanischer „Künstler" anläßlich der „Dokumenta" (Kasseler Kunstausstellung) hier in Kassel verewigen will. Dieser „Künstler" will mitten in der Innenstadt ein ca. 1000 Meter tiefes Loch bohren lassen — nicht etwa um nach Öl zu bohren, nein, er will nichts aus der Erde nehmen, sondern ihr was „geben", eine 1000 Meter lange Metallstange will er dort einlassen. Ein symbolischer Akt, so sagt er. Dieser „symbolische Akt" kostet so zwischen 500000 DM und 700000 DM, ein Bohrturm muß errichtet werden, hinzu kommt noch der Lärm.

Als das bekannt wurde, war die Empörung unter der Bevölkerung sehr groß. So ging z. B. eine Flut von empörten Leserbriefen an die Presse, spontan bildete sich eine Bürgerinitiative gegen diesen Unsinn.

Angeblich soll dieser „Künstler" keinen Zuschuß von der Stadt bekommen. Es ist aber bekannt, daß die „Dokumenta" Versicherung, Transport usw. trägt, und daß der Magistrat eine Menge Geld in diese Ausstellung steckt.

An einem solchen Projekt zeigt sich die ganze Dekadenz dieser Kunst. Eine Kunst, die nicht für die Werktätigen ist — die wir auch nicht wollen, wie es die Empörung hier deutlich zeigt —, die stattdessen ein verhätscheltes Kind der Kapitalisten ist.

Die „Dokumenta", die alle vier Jahre stattfindet, wird von der Bourgeoisie in den Himmel gelobt, etliche Schulklassen müssen dann nach Kassel pilgern und den Mist über sich ergehen lassen — in die Ecke geschüttetes Gerümpel; Maschinen, die nie funktionieren können; ein im Park aufgestellter riesiger Phallus usw. — derjenige, der sich den größten Unsinn einfallen läßt, wird am meisten gefeiert.

Auch in diesem Jahr wird da einiges zu erwarten sein, u. a. will ein weiterer amerikanischer „Künstler" in den USA ein Flugzeug abstürzen lassen und die Trümmer hier ausstellen.

Aber wenn diese Typen glauben, daß sie ihren Mist hier ungestört zum Himmel stinken lassen können, haben sie sich geirrt. Diese „Kunst" provoziert ja richtig, zu all dem Müll und den Trümmern noch einiges dazu zu tun, oder da mal richtig aufzuräumen und den Müll dahinzubringen, wo er hingehört — auf den Müllplatz, wie es bereits einmal mit einer Beuys'schen Badewanne geschah, die eine Putzfrau — in der besten Absicht — auf den Müll warf.

Preiserhöhungen bei der Bundesbahn

Zum 1. Mai hat die Bundesbahn erneut erhebliche Preissteigerungen angekündigt: Die Preise für die Strecken im Nahverkehr zwischen 21 und 50 Kilometer sollen einheitlich um 20 Pfennig steigen; die Preise für Schüler-, Berufs- und sonstige ermäßigte Mehrfachkarten um rund 14,6%. Gleichzeitig sollen zum 1. Mai auch die Fahrpreise für die Bahnbusse steigen.

Natürlich sind es auch diesmal wieder die Werktätigen, die die Zeche zahlen sollen. Die Geschäftsreisenden in den Intercity-Zügen, geschweige denn der Güterverkehr bleiben selbstverständlich von Preiserhöhungen verschont. Hier wie bei den regelmäßigen Tariferhöhungen im städtischen Nahverkehr zeigt sich, daß es keineswegs zum Nutzen der Werktätigen geschieht, wenn bestimmte Bereiche der Wirtschaft — wie hier das Transportwesen — verstaatlicht sind. Denn in solchen Fällen führt der kapitalistische Staat die Geschäfte des Monopolkapitals, um ihre Profite zu erhöhen und die Werktätigen nach Strich und Faden auszuplündern.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 300526
4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr. . . . . . .

O für 1 Jahr O für 1/2 Jahr O Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben).

Die Zahlung erfolgt:

O jährlich **DM 30,--** O halbjährlich **DM 15,--** O vierteljährlich **DM 7,50**

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 23600-465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr 321004911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML:

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-12, 14-18 Uhr, Sa 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040/4 39 91 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62. Öffnungszeiten: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, 68 Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621/37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr 107, Tel.: 0711/43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089/53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030/4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

51 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.

48 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13. Tel.; 0521/177404.

463 Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13 Uhr.

28 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 9-13 Uhr.

41 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi u. Fr 16-18.30, Sa 10-13 Uhr.

43 Essen (Altenessen), Altenessenerstr. 243. Öffnungszeiten: Di. 16-18, Fr. 12.30-18, Sa. 10-13 Uhr.

6 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78. Tel.: 0611/43 75 95. Öffnungszeiten: Di-Fr 16-18.30, Sa 10-14 Uhr

23 Kiel 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 4o. Tel.: 0431/56 77 02. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

5 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 9-13 Uhr.

24 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi, Fr 16.30-18.30,

44 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/6 52 05. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-18.30, Sa 11-14 Uhr.